

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

**ROTER
STERN**



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
43. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr. 1/2009 1,- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

**WIR KÖNNEN EURE
KRISE NICHT LÖSEN -**



**WIR WOLLEN ES AUCH
GAR NICHT !**

Korrespondenz zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse

Können wir in der Krise streiken?

Gedanken zum 1. Mai: Internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse

Die derzeitige Weltwirtschaftskrise wird uns wohl noch längere Zeit beschäftigen. Denn diese Krise, die eine Krise der ganzen kapitalistischen Welt ist, gehört zum Kapitalismus, wie das Amen zur Kirche. Alle fünf bis elf Jahre zeigt sie, dass das Kapital in seiner Jagd nach Maximalprofit Waren produzieren und produzieren lässt, die auf einen Markt treffen, auf dem es immer weniger Kaufkraft und immer mehr Armut gibt. Solche periodischen Überproduktionskrisen sind kein Wunder. Denn ein Arbeiter (z.B. im produzierenden Gewerbe), der bestenfalls sieben Stunden am Tag arbeitet, schafft in einer halben Stunde soviel Wert, wie sein Lohn und die Sozialabgaben ausmachen. Die restlichen sechseinhalb Stunden arbeitet er sozusagen unentgeltlich für die Kapitalistenklasse. Und nun soll der Lohn des Arbeiters ausreichen, um all die an einem ganzen Arbeitstag produzierten Waren auf dem (Welt-) Markt den Kapitalisten profitbringend abzukaufen. Kein Wunder entstehen so gesetzmäßig Überproduktionskrisen im Kapitalismus. An dieser Gesetzmäßigkeit können auch die sog. Konjunkturprogramme nichts ändern, egal ob sie von einem J.M. Keynes oder einem Oskar Lafontaine ausgedacht wurden.

So gesehen ist der Kampf gegen die "Krisenlösung" von Kabinett und Kapital, das sich an den "Rettungspaketen" schadlos hält, nicht nur möglich, sondern auch für die Arbeiter und Arbeiterinnen absolut notwendig. Die Krise enthüllt, dass für die Banken und Großkonzerne von jetzt auf gleich 500 Milliarden Euro aus der Staatskasse zur Verfügung stehen. Würde dieses Geld für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Verfügung gestellt, gäbe das eine Einmalzahlung von 109.265 Euro für jeden Angestellten von Bund, Ländern und Gemeinden. Oder anders ausgedrückt: Mit dieser Summe könnte die von ver.di aufgestellte Lohnerhöhung von acht Prozent (die dann allerdings von der ver.di-Führung für einen faulen Kompromiss geopfert wurde) 443 Jahre für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst abgesichert werden.

Jeder einzelne Cent, den wir den Kapitalisten kampflos überlassen, verschärft unweigerlich die Krise. Dass wir in der Krise erfolgreich kämpfen können, zeigt die Geschichte der Arbeiter- und

Gewerkschaftsbewegung in den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1929 ff.: Das bewiesen die Berliner Metallarbeiter 1930, als 130.000 gegen Lohnkürzung streikten. Das zeigten die 22.000 Arbeiter der BVG im November 1932. Das zeigten die Ruhrbergarbeiter im Januar 1931. 1.100 Streiks wurden alleine im Herbst 1932 ausgefochten - mitten in der Krise. Zudem waren 87 Prozent der 443 Streiks des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Vorläuferorganisation der IG Metall) zwischen 1929 und 1932 erfolgreich. Man kann nicht nur in der Krise kämpfen, man muss es sogar. Sonst bekommt man die Krisenlasten voll aufgebürdet. So analysierten die Kapitalisten folgerichtig 1928/29 *"Gerade in Zeiten der Kapitalsnot und der schweren Lage auf dem Geldmarkte kann die Kraft der Gewerkschaften leicht die Unternehmer zu Zugeständnissen in der Frage der Löhne zwingen, denn der Ausbruch eines Kampfes der Arbeiter würde den Unternehmer in einen unhaltbaren Zustand sowohl in Bezug auf seine Gläubiger wie auch auf seine Kunden bringen."* (Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände 1928/29) Ihnen sprangen sozialdemokratische "Theoretiker" (wie z.B. Hans Seidel) bei, die fordern: *"Jetzt ist es das elementarste [...] und das oberste Gesetz des Gewerkschaftskampfes: nach Möglichkeit jeden Streik in der Krise vermeiden."* (Wirtschaftsentwicklung und Klassenkampf, Bd 2, S. 59).

So lehrt uns die Geschichte auch, dass wer die politischen und wirtschaftlichen Krisen abschaffen möchte, unvermeidlich auch den Kapitalismus abschaffen muss. Denn das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus lautet: *"Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofitten dienen."* (J.W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. In: Werke Bd 15, S. 329 f., Verlag Roter Morgen) oder: *"Mit dem entsprechenden Profit wird das Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es*

wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens." (Karl Marx: Das Kapital, I. Band, MEW Bd 23, S. 788) - mit diesen Worten beschreibt Karl Marx die Geschäftsgrundlage des Kapitalismus und Imperialismus. Letzten Endes bedeutet das: **Krieg und Leichen - die letzte Hoffnung der Reichen ...**



Photomontage über die Bestie Imperialismus von John Heartfield 1932

Erst im Sozialismus kann es dagegen heißen: "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.

Folglich: Statt Sicherung von Maximalprofiten - Sicherung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft; statt Entwicklung der Produktion mit Unterbrechungen von Aufschwung zu Krise und von Krise zu Aufschwung - ununterbrochenes Wachstum der Produktion; statt periodischer, von der Zerstörung der Produktivkräfte der Gesellschaft begleiteter Unterbrechungen in der Entwicklung der der Technik - stetige Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik." (J.W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. In: Werke Bd 15, S. 331 f.; Verlag Roter Morgen) Doch erkämpfen können die Arbeiterinnen und Arbeiter die Diktatur des Proletariats, den Sozialismus nur unter Führung einer starken Kommunistischen Partei. So sollten wir heute die Losungen des Gründungsprogramms der KPD vom Dezember

1918 beherzen:

"Nieder mit dem Lohnsystem! Das ist die Lösung der Stunde. An Stelle der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft soll die genossenschaftliche Arbeit treten. Die Arbeitsmittel müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein, sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und Ausgebeutete mehr! Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit. Abschaffung wie der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist. [...]

Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. [...] sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen. Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkrieg an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen [...] sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln, als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen - zu Kämpfen und Siegen. Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch debattieren, dort, wo die millionköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwierigen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschen-

den Klassen aufs Haupt zu schmettern, dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist." (- Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? In: Gesammelte Werke, Bd 4, S. 441-445)

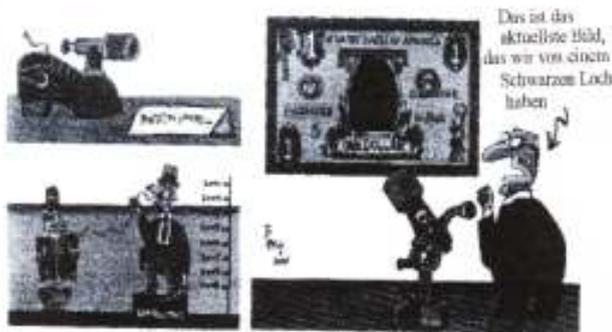
Betriebliche Aktionen bis hin zum Streik gegen das Krisenprogramm von Kapital und Merkel-Kabinett!

Bundesweiter Streiktag vor der Bundestagswahl gegen eine drohende Merkel/Westerwelle-Regierung oder die Fortsetzung der Großen Koalition!

Keinen Cent aus den Staatskassen für die Kapitalisten: Stattdessen Aufstockung der Sozial- und Arbeitslosenkassen!

Weg mit allen Hartz-Gesetzen!

Für den gesetzlichen Sechstundentag und die Fünftagewoche (30-Stundenwoche) bei vollem Lohn- und Personalausgleich!



Karikaturen aus der deutschen Ausgabe der cubanischen Zeitschrift "Granma International" vom Januar 2009.

Für unsere Arbeit in den Gewerkschaften und für die Kritik an der Politik der Partei DIE LINKE ist der "Arbeitsbeschaffungsplan der KPD", veröffentlicht am 29. Mai 1931 in der ROTEN FAHNE, noch heute ein guter Wegweiser. Wenn man einige Forderungen an die aktuelle Situation anpaßt, so liest sich dieser Arbeitsbeschaffungsplan hoch aktuell. Zu finden ist er hier: Institut für Marxismus-Leninismus der SED, "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden", Bd 4, 1966, S. 546-554

(ein Genosse aus Nürnberg)

♥ Wichtiger Termin:

Am 16. Mai 2009 auf nach Berlin!

An diesem Tag organisiert der Europäische Gewerkschaftsbund europaweite Demonstrationen und Kundgebungen. Ihm wird zwar - wohl nicht ganz unberechtigt - vorgeworfen, er das in der Hauptsache in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, doch wir können dem ja entgegenreten mit den richtigen Forderungen unter dem Motto vom 28. März: "Wir zahlen nicht für Eure Krise" und nach Kampfmethoden, die die Kapitalisten dort treffen, wo sie empfindlich sind: an ihrem Geldsack!

Beginn der Demonstrationen: 11.30 Uhr am Breitscheidplatz und am Hauptbahnhof
Hauptkundgebung ab 14 Uhr an der Siegestsäule

Von den Aktivitäten der Partei:

Berlin, 13. Januar:

Auch in diesem Jahr beteiligte sich die KPD/ML an den Gedenkveranstaltungen anlässlich des Jahrestages der Ermordung der Gründer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Anders als in den vergangenen Jahren hatten wir diesmal zusammen mit der KPD (Roter Morgen) einen gemeinsamen Stand. Ursprünglich war es geplant gewesen, unsere Stände nebeneinander aufzustellen, doch das war aus organisatorischen Gründen nicht möglich - erfreulicherweise, wie wir im Nachhinein feststellen konnten. Denn der gemeinsame Stand erregte viel mehr Aufmerksamkeit. Das Echo war durchaus positiv - ein Kommentar: "Ach, geht das auch mal anders herum?"



Ja, das geht auch andersherum! Und wir werden die gute Zusammenarbeit weiter fortsetzen, nicht nur mit der KPD (RM)... Was fordern die Kolleginnen und Kollegen immer wieder: "Werdet Euch erst mal selber einig!" - Auftrag angenommen!

Heraus zum 1. Mai - gegen das Kapital und seine Regierung! Das Kapital soll die Krise bezahlen!

(Der folgende Text ist eine aktualisierte Fassung des Flugblattes, das Arbeit und Zukunft, KPD, KPD/ML und SoL Hamburg gemeinsam anlässlich der Demonstrationen am 28.3.09 in Berlin und Frankfurt herausgeben.)

Nutzen wir die Demonstrationen und Aktionen am 1. Mai, um alle gemeinsam gegen die Abwälzung der Krise auf unsere Schultern zu kämpfen!

Am 28. März sind 55.000 Menschen in Berlin und Frankfurt unter der Losung "Wir zahlen nicht für Eure Krise!" auf die Straße gegangen - unter ihnen viele KollegInnen aus den Betrieben und Jugendliche. Sie protestierten dagegen, dass wir ArbeiterInnen und Arbeitslose, StudentInnen, SchülerInnen und RentnerInnen die Krise des Kapitals bezahlen sollen. Dabei ist vielfach betont worden, dass es sich bei diesen Demos nur um einen Auftakt gehandelt hat und dass der Kampf um die Schaffung einer breiten, kämpferischen Front gegen die Angriffe des Kapitals jetzt mit doppeltem Einsatz weitergeführt werden muss.

Sorgen wir also dafür, dass auch der 1. Mai voll und ganz im Zeichen dieses Kampfes steht!

Selbst bürgerliche Medien und Wissenschaftler müssen einräumen, dass es sich bei der aktuellen Krise um die schwerste Wirtschaftskrise seit 1929 handelt. Und das wird auch immer offensichtlicher: Neben den Pleitewellen bei Banken und Versicherungen kommen immer neue Horrormeldungen aus allen Zweigen der Industrie: Im April ist die Produktion im sechsten Monat in Folge gesunken. Die europäischen GM-Töchter Opel, Vauxhall und Saab mit ca. 50.000 Kolleg/innen stehen vor der Pleite. Diese bedroht auch die Zulieferer und damit weitere Zehntausende Beschäftigte. Nicht anders sieht es in der Stahlindustrie aus, in der Elektroindustrie, in der Chemieindustrie usw. usf. Jetzt aktuell werden Leiharbeiter entlassen. Es gibt Kurzarbeit im großen Maßstab. In zahlreichen Betrieben wie Daimler oder ThyssenKrupp werden massive Sparprogramme angekündigt. Die für Mai vereinbarte Lohnerhöhung in der Metallindustrie, die Bestandteil des ohnehin schon skandalösen Tarifvertrags ist, soll in mehr als der Hälfte der Betriebe aufgeschoben werden.

Und all das ist nur das Vorspiel zu den Lohnsenkungen, zu den Betriebsschließungen, Entlassungen und anderen Angriffen, die uns noch bevorstehen und die bereits angekündigt sind.

Krempeln wir die Ärmel hoch! Bereiten wir uns darauf vor, um unsere Arbeitsplätze und Löhne zu kämpfen!

Immer massiver wird der Druck des Kapitals gegen Beschäftigte und Gewerkschaften:

Die Gewerkschaften (gemeint sind die Beschäftigten!) werden angepöbelt, als seien sie die Verantwortlichen für die Krise: Sie sollten sich endlich bewegen, um in der Krise die Kosten weiter zu senken und, und, und....

Zugleich fordert das Kapital für sich immer weitere Steuererhöhungen und andere Erleichterungen!

Allein machen sie Dich ein!

Diese alte Erkenntnis der Arbeiterbewegung wird in der Krise wieder aktuell. Das Kapital spaltet uns gern in Leiharbeiter, Befristete, Festeingestellte, junge und ältere K-

olleg/innen, Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer, Billiglöhne gegen Tariflöhne usw. usf.

Die Erfahrung zeigt, dass jeder einzelne schwach und den Erpressungen des Kapitals ausgeliefert ist. Deshalb ist die Organisierung in den Gewerkschaften gerade in der Krise von allergrößter Bedeutung. Zugleich müssen wir in den Gewerkschaften dafür kämpfen, dass diese unnachgiebig gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf uns eintreten. Wir müssen dafür kämpfen, dass Gewerkschaftsführer, die mit dem Kapital zusammenarbeiten und dem Kapital zu Milliarden Euro Staatshilfen verhelfen, beiseite geschoben und, wo immer es geht, entmachtet werden. Unser gewerkschaftlicher Kampf muss unsre Löhne und Arbeitsplätze erhalten, auf Kosten der gigantischen Profite, mit denen sich in den letzten Jahren zahlreiche kapitalistische Unternehmen und ihre Besitzer gemästet haben!

Gerade in der Krise brauchen wir starke und kämpferische Gewerkschaften!

Da wird allen Ernstes von "Not leidenden Banken" gesprochen! Nicht umsonst ist dieses Wort gerade zum Unwort des Jahres erklärt worden. Wer leidet eigentlich wirklich Not, ist wirklich Opfer der Krise? Das sind nicht die Banken und Versicherungen, nicht die Konzerne wie Opel und andere, nicht Milliardäre wie Schaeffler usw. Opfer der Krise sind die Arbeiterklasse und die breiten Massen der arbeitenden Menschen, die Erwerbslosen, die arbeitende Jugend, die Schüler/innen und Studierenden, die Rentner/innen.

Jahrelang wurde uns weisgemacht, es sei kein Geld da für die Jugend, für Bildung, für das Gesundheitswesen und die Verbesserung der Sozialleistungen - und jetzt werden umstandslos Hunderte Milliarden Euro in Konjunkturpakete gesteckt - das heißt: den Banken und Konzernen in den Rachen geschmissen!

Dieses Geld kommt aus dem Steuertopf, also aus unseren Taschen! Wir sollen bezahlen, was die Kapitalistenklasse angerichtet hat. Und wir wissen genau, dass dieses Geld auch dazu verwendet wird, weitere Arbeitsplätze wegzurationalisieren - und damit die nächste Krise vorzubereiten! Lassen wir uns vom Kapital, von der Regierung und von den bürgerlichen Medien keinen Sand in die Augen streuen:

Die Krise ist nicht Folge des Fehlverhaltens einiger Manager oder Folge einer lückenhaften Gesetzgebung, einer Unachtsamkeit oder sagen wir: ein Betriebsunfall.

Die Ursache dieser Krise ist der Kapitalismus selbst! Es handelt sich um eine Überproduktionskrise, wie sie die kapitalistische Gesellschaft gesetzmäßig hervorbringt: Die Produktivkräfte haben sich in den letzten Jahrzehnten gewaltig entwickelt. Mit immer weniger Arbeitskraft werden immer größere Mengen an Waren hergestellt. Zugleich wird die große Masse der Bevölkerung, Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, kleine Angestellte, vom Kapital derart geschröpft, sodass keine zahlungskräftige Nachfrage besteht. Große Mengen an Häusern, Autos, Einrich-

tungsgegenständen, Kleidung usw. können nicht verkauft werden, nicht zuletzt weil Millionen Menschen selbst in der reichen BRD in Not und Armut leben. Deshalb stehen die Fließbänder still. Das ist der wichtigste Grund für die Krise!

Einer der Faktoren, die die Krise zusätzlich verschärfen, ist das historisch einmalige Wachstum des Kredits. Um den Ausbruch der Krise hinauszuzögern, hat das Kapital den Konsum über Staatsverschuldung und Privatkredite solange angeheizt, bis alles zusammenbrach. Riesige Kapitalsummen können nicht mehr profitabel in der Produktion angelegt werden, gehen deshalb in Kredit und Spekulation und verschärfen so weiter die unlösbaren Widersprüche der kapitalistischen Produktion. Die Überproduktion wurde dadurch noch erhöht.

Die ungeheure Krise hat in vielen Staaten bereits zu Unruhen und Aufständen geführt. Regierungen wie in Island mussten dem Protest der Massen weichen. Diesen Menschen gilt unsere Solidarität! Auch in Deutschland wächst die Unzufriedenheit mit dem Kapital und seiner Regierung. Die Herrschenden rechnen mit weiteren Unruhen, wenn die Krise ihr volles Ausmaß erreicht und viele Menschen immer tiefer ins Elend gestoßen werden. Daher werden derzeit zahlreiche demokratische Rechte abgebaut und ein Spitzel- und Überwachungsstaat aufgebaut.

Das kapitalistische System kann seine Widersprüche nicht lösen. Kam die Krise durch Überproduktion, so versucht die Regierung die Krise zu beseitigen, indem sie den Konsum auf Pump anheizt. Würde die Krise durch immense Kredite noch verschärft, so antwortet die Regierung darauf mit noch mehr Kredit. In der Krise wird sich eine kleine Gruppe bereichern. Die Konzentration zu immer größeren Kapitalien wird voranschreiten. Während die einen immer reicher werden, steigt auf der anderen Seite die Armut. Die neuen Staatsschulden werden wir bald mit einer weiteren Welle des Sozialkollaps bezahlen müssen! Die Staatsverschuldung nimmt so gewaltig zu, dass Staatsbankrotte möglich werden. Dann werden die Rentner enteignet, Sparer durch Inflation oder Währungsreform arm gemacht. Im Kapitalismus wird die Krise dadurch "gelöst", dass alles nur noch wackeliger und katastrophaler wird.

Alles für das Kapital - Elend und Entwürdigung für die Werktätigen!

Ein solches Wirtschaften, eine solche Gesellschaft ist für die Menschheit tödlich, eine Katastrophe! Damit muss endlich Schluss gemacht werden! Erkämpfen wir eine Gesellschaft der gemeinschaftlich, kreativ, nachhaltig, menschenfreundlich zusammenarbeitenden Menschen, in der es sich leben läßt und in der diejenigen keinen Platz haben, die um ihres privaten Vorteils willen notfalls alles "unter den Fuß stampfen" (Karl Marx), was ihnen in die Quere kommt. Erkämpfen wir einen Sozialismus, einen Kommunismus, der diesen Namen verdient, der die Lehren aus seinem ersten Scheitern radikal zieht und den Menschen eine Zukunftsperspektive bietet. Damit meinen wir nicht die entarteten, pseudo-sozialistischen Regimes in der UdSSR eines Chruschtschow oder Breschnew oder in der DDR eines Ulbricht oder Honecker, sondern eine Gesellschaft, in der Produktionsmittel und Produkte tatsächlich denen gehören, die sie erarbeiten, den Arbeiterinnen und Arbeitern.

Dies erfordert eine Revolution, gegen die sich alle Kräfte, alle Parteien des Kapitals mit allen Mitteln wehren werden. Einen anderen Weg aus dem Krisensystem des Kapitals gibt es nicht!

Jetzt gilt es, die Angriffe des Kapitals und seiner Regierung abzuwehren. Dazu ist es notwendig, dass sich Arbeiterinnen und Arbeiter, Erwerbslose wie Werkstätige, Studentinnen und Studenten, Schülerinnen und Schüler, Rentnerinnen und Rentner in einer breiten, kämpferischen Front zusammenschließen. Wir sind es, die gegenüber dem Kapital in die Offensive gehen müssen. Das setzt Kampfkraft, Ausdauer und Entschlossenheit voraus.

Nutzen wir dazu die Demonstrationen und Veranstaltungen am 1. Mai und die gewerkschaftliche Großdemonstration am 16. Mai in Berlin!

Kämpfen wir jetzt, in der Krise, für die Umsetzung folgender Forderungen:

- Steuern auf Kapital, Vermögen und hohe Einkommen drastisch erhöhen: Körperschafts- und Einkommenssteuerspitzenatz von 56%! Hohe Steuer auf Börsenumsätze!
- Löhne hoch statt ständiger Lohnsenkungen!
- Lohnsteuer und Mehrwertsteuer runter! Geringverdiener steuerfrei!
- Gesetzliche 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, um das Erreichte zu sichern und voll durchzusetzen!
- Weitere Arbeitszeitverkürzung! Die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist unser Ziel!
- Strikte gesetzliche Beschränkung der Mehrarbeit!
- Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro/Stunde!
- Gleicher Lohn in Ost und West, für Männer und Frauen!
- Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit
- Rücknahme der Hartz-Gesetze!
- Keine Entlassungen in der Krise! Hände weg vom Kündigungsschutz!
- Bei Kurzarbeit voller Lohnausgleich durch das Kapital sowie Anspruch auf Fortbildung und Qualifizierung!
- Verbot der Leiharbeit! Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)! Festeinstellung statt Leiharbeit!
- 500 Milliarden nicht für die Banken, sondern mehr Geld für Rentner, Bildung, Gesundheitswesen und Soziales!
- Verteidigung und Ausbau aller Sozialleistungen!
- Eine einheitliche, bedarfsdeckende Krankenkasse für alle
- Rückführung des Rentenalters von 67 auf höchstens 65! Ziel: Rente mit 60!
- Rentenerhöhungen mindestens in Höhe der Inflation!
- Uneingeschränktes politisches Streikrecht!
- Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen!
- Recht auf Ausbildung und Übernahme in allen Betrieben!
- Nicht nur Flickschusterei an Schulhausfassaden und -dächern, sondern völlig kostenlose gemeinsame Bildung und eine gemeinsame Schule für alle!

**Alle gemeinsam gegen das Kapital!
Die Perspektive ist der Sozialismus!**

28. März: "Wir zahlen nicht für Eure Krise!"

Über 30.000 Demonstrationsteilnehmer in Berlin, 30.000 in Frankfurt. a.M.



Das Wochenende Ende März hatte es international "in sich":

Etwa 20.000 Menschen beteiligten sich in Wien an einer Demonstration gegen den Versuch, die Folgen der kapitalistischen Überproduktionskrise auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen, etwa 15.000 Menschen waren es in London bei Protesten gegen den G20-Gipfel. Auch in Deutschland gab es an diesem Wochenende zwei Großdemonstrationen:

Korrespondenz aus Berlin: Der Kapitalismus stand im Mittelpunkt dieser Protestdemonstrationen. Das er abgeschafft werden muss war das einigende Band aller Demonstranten. Unterschiedlich waren dann die Alternativen zum jetzigen System. Deshalb war es wichtig, mit der klaren Aussage, dass der Sozialismus die einzige Perspektive ist, auf den Demos aufzutreten: Genossinnen und Genossen der KPD verteilten zusammen mit Genossinnen und Genossen von Arbeit-Zukunft, von der KPD/ML und der Sozialistischen Linken (SoL) Hamburg auf beiden Demos mehrere tausend Exemplare des gemeinsamen Flugblatts: "Wir zahlen nicht für Eure Krise! Das Kapital soll die Krise bezahlen!"

Die Verteidiger des Kapitalismus hatten viel zu tun. Bereits im Vorfeld wurde versucht zu stören. So wurde kurzerhand die ursprüngliche Demonstrationsroute durch Berlin geändert und als Grund mögliche Störungen angegeben.

Beeindruckend war der mehrere Tausende zählende Block von Schülerinnen und Schülern, die eine lebhaft und phantasievolle Demokultur verwirklichten.

"Wir zahlen nicht Eure Krise!" - vielfältig wurde dieses Bekenntnis im kilometerlangen Demonstrationszug den Kapitalisten übermittelt.

Während der Abschlusskundgebung kam es zu mehreren Provokationen der Berliner Polizei, die sich in

voller Kampfmontur immer wieder mitten unter den Demonstranten postierte und provozierte. Willkürlich wurden Menschen aus der Menge herausgezogen, während die Demonstranten "Wir sind friedlich, was seid ihr?" skandierten. Von Lautsprecherwagen aus wurden Journalisten dazu aufgefordert, sich die Provokation der Polizei aus der Nähe anzusehen: "Hier ist der gewaltbereite Block, vor dem in den Medien seit Tagen so sehr gewarnt wurde. Aber der gewaltbereite Block trägt nicht schwarz, sondern grün mit weißen Helmen", sagte ein Sprecher

von einem Lautsprecherwagen aus. Sehr gut war, daß auf der Abschlußkundgebung die Moderatorin auch hinter dem linksradikalen Block stand und keine Spaltung zuließ. Es wurden sogar "unsere Freundinnen und Freunde vom schwarzen Block" begrüßt.

Gerade während die "Hooligans in Uniform" ein ums andere Mal versuchten, Menschen zu verletzen und zu verhaften, gab es interessante Reden; da wurde aufgezeigt: Aktionen und ziviler Ungehorsam sind erforderlich, wenn wir den Raubzug der Banken und Konzerne stoppen wollen.

Die Lohnarbeiterinnen und -arbeiter, Arbeitslose und alle sonst Ausgegrenzten müssten endlich Mittelpunkt der öffentlichen Debatten werden. Und die Solidarität über verschiedene Kämpfe hinweg sei jetzt wichtig. Die Arbeiter von Opel und die Gewerkschaftsdemo am 16. Mai 2009 wurden angesprochen und für Unterstützung geworben.



Bericht von der **Demonstration in Frankfurt:**



Korrespondenz: Die Genossinnen und Genossen der KPD und der KPD/ML verteilten schon Wochen vorher zahlreiche Exemplare des mit Arbeit-Zukunft und SoL Hamburg gemeinsam herausgegeben Flugblattes bei Opel Bochum, bei TKS Duisburg, vor Berufsschulen usw. oder steckten es in einzelnen Wohngebieten. Wir hatten auch unabhängige Betriebsräte bei Opel Bochum beim Verteilen ihrer Zeitung unterstützt, in der sie zur Teilnahme an der Demonstration aufriefen.

Ver.di hatte in Bochum zwei Busse zur Verfügung gestellt; wir fuhren mit Freunden und Sympathisanten zusammen ab Dortmund - hier waren es drei Busse, darunter ein Doppeldecker, die das Sozialforum Dortmund organisiert hatte. Das Wetter war bei Abfahrt noch herrlich, doch die Kapitalisten hatten es irgendwie hingekriegt, daß es, je näher wir Frankfurt kamen, immer schlechter wurde... Na, das konnte uns nicht erschüttern! (Typisch, daß es nach Ende der Kundgebung wieder strahlenden Sonnenschein gab - irgendwie stehen die "Goldhamster" doch mit dem Beelzebub in Verbindung...)

Der DGB hatte diese Demonstration nicht unterstützt, er hatte auch nicht zu ihr aufgerufen. Als Begründung diente der Hinweis auf die Demonstrationen des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 16. Mai 2009 - angeblich könne man den Kolleginnen und Kollegen nicht zumuten, zweimal innerhalb von so kurzer Zeit (6 Wochen!) an zwei Großveranstaltungen teilzunehmen... Ja, wie we-

nig - glauben die Herrschaften im DGB-Vorstand - sind die Arbeiterinnen und Arbeiter bereit, für die Sicherheit ihrer Existenz zu kämpfen? Wir denken, da werden sie noch ihr Wunder erleben!

Um so erfreulicher war es, daß sehr viele Gewerkschaftsvertretungen gekommen waren, vor allem von ver.di und von der IG Metall.

Auch zahlreiche Betriebe waren vertreten, so Opel Bochum. Eine Reihe türkischer Organisationen

nahmen ebenfalls an der Demonstration teil, ebenso in Deutschland arbeitende Kollegen aus Korea. Die Forderung aller war klar: "Wir zahlen nicht für eure Krise." Wir greifen einige andere Forderungen bzs. Transparentaufschriften heraus, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

"Kapitalismus Krise Krieg" zeigt die Konsequenzen auf, die wir durch unseren Kampf verhindern müssen!

"Generalstreik - was sonst?" zeigt, womit wir erfolgreich sein können.

"Eure Kriege, eure Krise zahlen wir nicht!"

"Milliarden für Banken und Konzerne - Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Hartz IV für uns?" zeigt die Verteilung der Lasten im Kapitalismus.

"Verluste verstaatlichen, Gewinne privatisieren - Yes, we can auch anders!"

Außerdem wurde zum Kampf gegen den neuen Streikbrecher aufgerufen:



Duisburg, 6. März 2009:

Bundesweiter Aktionstag der Beschäftigten von ThyssenKrupp Steel



Korrespondenz: Es war mindestens die dritte Demonstration der TKS-Arbeiterinnen und -Arbeiter in Duisburg, und diesmal waren sie nicht nur aus allen Standorten in Deutschland gekommen, sondern bekamen auch Unterstützung von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe.

Vorher war es in der Auseinandersetzung mit den "Krawattenträgern" hin und her gegangen: Laut "Tarifvertrag Zukunft" wurden die Arbeitsplätze und der Standort für mehrere Jahre "garantiert", dann jedoch wurde die Existenz eines solchen Vertrages plötzlich geleugnet; es wurde öffentlich beteuert, daß es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen und zu keinen Standort-schließungen kommen werde - jetzt weiß Konzernchef Schulze von nichts mehr und schließt solche Kündigungen und Schließungen nicht mehr aus. Laut "Spiegel" sollen mehr als 3000 Stellen gestrichen werden, WDR aktuell berichtet von einem "Radikalumbau bei Thyssen Krupp". Es sollen 500 Millionen Euro "eingespart" werden. Soviel zur Glaubwürdigkeit von... Ziehen wir die Lehren daraus, glauben wir ihren Beteuerungen in Zukunft kein Wort!

Den "lokalen" Demonstrationen im Februar und März ließen die Kolleginnen und Kollegen nun am 6. März einen Aktionstag mit Beschäftigten aller TKS-Standorte mit Demonstration, Reden und Kulturprogramm folgen.

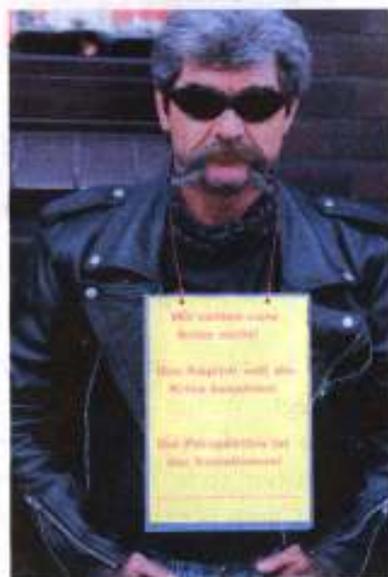
Los ging es mit einer Demonstration von Tor 1 zum Beecker Marktplatz, wo die Abschlußkundgebung mit zahlreichen Reden stattfand. Beteiligt haben sich nach Angaben der Organisatoren etwa 14.000 Menschen. Sie kamen aus ganz Deutschland. Etwa 100 Busse sollen gekommen sein. Ich sah einen mit dem Schild "Andernach Bus 3" und sagte anerkennend zu einer vor ihm stehenden Frau. "Mit 3 Bussen seid Ihr aus Ander-

nach gekommen!" Darauf antwortete sie stolz-empört: "Mit 3? Nein, mit 9!"

Einer der Redner sagte auf der Abschlußkundgebung unter anderem: **"Wenn Professor Doktor Schulze Kampf will, dann kann er ihn haben!"** und erhielt dafür großen Beifall. Ich hoffe, das war nicht nur so daher gesagt...

Ein Genosse der KPD und ich verteilten etwa 350 Exemplare eines in aller Eile hergestellten gemeinsamen Flugblattes. Das waren viel zu wenige, aber mehr hatten wir nicht. Schon beim Auftakttreffen zur Demonstration an Tor 1 wurden wir die meisten los, den Rest dann während der Demonstration. Mit einem der "Empfänger" sprach ich und teilte ihm mein Erstaunen mit. "Bei der Demonstration zwei

Monaten hatten wir Probleme, an 5000 Demonstranten 50 Flugblätter loszuwerden - und heute haben wir viel zu wenig. Was ist los - liegt's am Wetter?" Es herrschte nämlich strahlender Sonnenschein. Als Antwort bekam ich: "Wahrscheinlich haben wir uns verändert." Das hörte ich natürlich gern, so etwas macht Mut.



Gefreut hat mich auch, daß ein griechischer Kollege sich die 3 Forderungen unserer 4 Organisationen zu eigen machte. Er las sie erst durch und wollte dann mit ihnen fotografiert werden. Was denn mit dem Photo geschehen würde, fragte er. Ich verwies ihn auf die vier unterzeichnenden Organisationen und er war auch damit einverstanden.

Insgesamt eine sehr erfolgreiche Aktion. Es wird wohl in Duisburg nicht die letzte gewesen sein. Wir beiden Genossen haben uns vorgenommen, daß bei den nächsten Terminen unsere Organisationen noch aktiver eingreifen sollen, als wir zwei es heute konnten.

Um 17 Uhr sah ich übrigens einen kurzen Bericht in der Heute-Nachrichtensendung des ZDF - um 19 Uhr war keine Rede mehr davon, auch um 20 Uhr bei ARD nicht... Soviel zur Informations durch die "Öffentlich-Rechtlichen"...

Proteste gegen das NATO-Treffen in Strasbourg: Ein Erfahrungsbericht der Sozialistischen Linken Hamburg (SoL),

<http://www.sol-hh.de/Dateien%20fuer%20Index/Index-nato-bericht.htm>

(Das Foto wurde von der RS-Redaktion ergänzt)

Das war der Gipfel!

Lügen von Staat und Medien, Bullengewalt und Schikanen und Willkür von allen Seiten überschatteten die Demonstrationen gegen den Gipfel zum 60. Geburtstag der NATO und machten inhaltlichen Protest unmöglich.

Wer die ersten Hürden genommen hatte und sowohl die Einreise nach Frankreich als auch den

Weg zu einem der Versammlungsorte in Strasbourg heil überstanden hatte, sah sich einer in Deutschland ungekannten Aggressivität der Bullen gegenüber. Die Repression begann schon auf der Hinfahrt nach Strasbourg. Viele schafften es nicht nach Frankreich, die meisten Gipfelgegner mussten mehrere Stunden an der Grenze warten, um sich dann durchsuchen zu lassen.



Dem No-NATO-Camp wurden immer wieder Steine in den Weg gelegt. Weder Deutschland noch Frankreich wollten ein Camp von Gipfelgegnern zulassen. So reisten viele noch mit der Ungewissheit an, ob ein Camp überhaupt zustanden kommen würde. Der Entschlossenheit der OrganisatorInnen ist es zu verdanken, dass ein solcher Anlaufpunkt durchgesetzt werden konnte. Schätzungsweise 2000 Camper fanden trotz Panikmache, Einschüchterungen und Kontrollschikanen den Weg nach Straßbourg.

Am Donnerstag, dem 2.4., bewegte sich vom Camp aus eine Spontandemo Richtung Straßbourger Innenstadt, um dem Verstorbenen der G20-Proteste in London zu gedenken und gegen die Repression der Sicherheitsbehörden zu protestieren. Der Demozug wurde von der französi-

schen Polizei gleich mit Tränengas, Gummigeschossen und Schockgranaten begrüßt. Auf dem Weg wurde aus der Demo eine Militärakademie angegriffen und versucht, in die gelbe Sicherheitszone des NATO-Gipfels zu gelangen. Als einige Leute anfangen, Autos von Anwohnern zu beschädigen, beschlossen wir und mehrere kommunisti-

sche Gruppen, uns von der Demonstration zu trennen, um uns von diesem Vorgehen zu distanzieren. Wir waren vor Ort, um gegen die NATO zu protestieren und nicht gegen die französische Bevölkerung.

Später griff die Polizei ihrerseits das Camp an. Entschlossene Teilnehmer und brennende Barrikaden verhinderten, dass die Bullen ins Camp gelangen konnten, so dass sie nach einiger Zeit und vielen Patronen Reizgas unverrichteter Dinge wieder abzogen. Auf dem Rückweg ins Camp und bei der Verteidigung wurden 150 Menschen festgenommen und mehrere verletzt.

Am Freitag gingen die Auseinandersetzungen mit der Polizei weiter. Nach wie vor behinderte und erschwerte sie die Anreise von vielen Campern. Bei der Verteidigung des Camps wurden mindestens 30 Menschen durch Plastiksplinter verletzt. Nun schoss die französische Polizei nicht mehr in

die Luft, sondern zielte meistens direkt auf Demonstranten. Die ganze Zeit herrschte eine angespannte Stimmung, über dem Camp kreisten Hubschrauber und die Räumung durch die Polizei drohte.

Samstag früh begannen die Blockadeaktionen in der Innenstadt von Straßbourg. Teilnehmer des Camps hatten kaum eine Chance, zu den Blockaden zu gelangen. Die Bullen verriegelten alle Zufahrtstraßen in die Innenstadt und beschossen die Demonstranten erneut mit Tränengas, wenn sie sich den Kontrollpunkten näherten. Trotzdem überwand ca. 300 Menschen die Absperrungen und stießen zu den anderen Demonstranten in der Stadt.

Kurz nach sechs setzte sich der Blockadefinger an der Universität in Bewegung. Doch die Megaphondurchsage schien auch das Startsignal für die Bullen gewesen zu sein, die sich im Morgengrauen in kleinen Trupps um den Platz aufgestellt hatten. Tränengas, Pfefferspray, Schlagstöcke, Jagd auf einzelne Demonstranten, Gummigeschosse, Kessel. Taktisches Geschick bewiesen die Bullen auch gleich und wechselten, wann immer es brenzlich wurde, den Einsatzleiter, der dann Hase hieß und von nichts wusste. Nach einigen Rangeleien mit Bullen und Gipfelteilnehmern stand die Blockade schließlich doch auf einer Kreuzung. Die Bullen schienen mit dem Ort aber einigermaßen einverstanden. Zumindest durfte der Protest bleiben.

Straßbourg glich an diesem Tag in weiten Teilen einer Geisterstadt. Kaum Passanten waren unterwegs und an jeder Straßenecke musste man aufpassen, nicht einer der unzähligen Polizeikontrollen in die Falle zu tappen. Nur die Tatsache, dass es Leute gab, die in die jeweiligen Kessel wollten, schien die Bullen zu amüsieren.

Die Demonstranten, die es am Morgen nicht in die Innenstadt geschafft hatten, waren in Richtung Auftaktkundgebung gehetzt worden. In Kehl auf der anderen Seite des Rheins versuchten ab 11 Uhr 6.000 Demonstranten, über die Europabrücke nach Straßbourg zur Kundgebung zu gelangen. Dies wurde von der Polizei verhindert, obwohl die Demonstration angemeldet war. Die mehreren tausend Demonstranten auf straßbourger Seite versuchten ihrerseits, die Demonstranten in Kehl abzuholen. Aber die Polizei riegelte die Brücken ab und beschoss jede noch so kleine Gruppe mit Tränengas und Schockgranaten. Daraufhin wurde

sie von den Demonstranten mit Molotowcocktails, Steinen und mit Zwillen angegriffen und vertrieben. So gelangten mehrere tausend Menschen auf die Europabrücke. Die Grenze wurde aber immer noch von deutschen Bullen gesperrt, so dass eine Vereinigung der Protestzüge nicht stattfinden konnte. Im Grenzgebiet, das eines der ärmsten Viertel von Straßbourg ist, wurde eine Tankstelle geplündert und eine ehemalige Zollstation, ein Ibis-Hotel und ein anderes Gebäude angezündet. Selbst die Auftaktkundgebung wurde mit Tränengas und Schockgranaten angegriffen, ohne dass es da etwas Angreifenswertes gegeben hätte. Aus der Kundgebung entwickelte sich dann eine Demonstration, die allerdings nur im Industrieviertel im Kreis gehen sollte. Obwohl die Demonstration überwiegend friedlich blieb, wurde sie von der Polizei so massiv angegriffen, dass sie aufgelöst werden musste. Vorne wurde die Demonstration wegen eines Feuerwehreinsatzes aufgehalten, während der hintere Teil der Demonstration mit Knüppeln und Tränengas angegriffen wurde. Im Laufe des Tages wurden rund 300 Menschen festgenommen und viele verletzt.

Es bleibt festzuhalten: Die Gewalt ging in erster Linie von der Polizei aus, nicht von den Demonstranten. Die Bullen waren bereit, für einen "reibunglosen" Ablauf des NATO-Gipfels alles zu unternehmen. Das Demonstrationsrecht blieb dabei natürlich auf der Strecke. Aber: Gewalttätig ist das System! Die NATO ist ein Terrornetzwerk, das die Welt mit Krieg und Elend überzieht. Dem entgegenzutreten mit allen Mitteln und auf allen Ebenen, ist unsere Pflicht!

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Springer Presse halt die Fresse!

Abonnement von ROTER STERN

Entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten ist die Redaktion bemüht, jährlich 3-4 Ausgaben herauszubringen. Wer ROTES STERN abonnieren möchte, kann das tun:

Bitte, überweist den

Preis für 6 Ausgaben 10,- € incl. Porto in Form von Bargeld an das

PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg

oder als Überweisung an:

GEWISO

Konto-Nr. 613145200

Commerzbank Marl-Hüls, BLZ 360 400 39

www.arbeit-zukunft.de/index.php/item/967

Krebsgeschwür kapitalistische Krise

14. März 2009: Seit 2007 im Sommer breitet sich die kapitalistische Krise immer weiter aus. Sie ist keinesfalls beendet. Sie wütet heute in allen Bereichen der Wirtschaft! Sie zeigt nun, nachdem Schicht um Schicht des kapitalistischen Weltgetriebes erfasst wurden, immer deutlicher, dass es sich um eine für den Kapitalismus gesetzmäßige Krise der Überproduktion handelt. Viele Märkte, das A und O des Kapitals, die Wunderdroge aller Westerswelles und Neo-Liberalen, sind gesättigt, entweder, weil es keinen weiteren Bedarf an den angebotenen Waren gibt, oder weil zwar Bedarf herrscht, aber kein Geld in den Taschen der Menschen!! Die Finanzmärkte dagegen zocken unvermindert weiter.

Die Folgen der Krise sind offensichtlich. Hier eine unvollständige Auswahl jüngerer Horrormeldungen nur aus Deutschland: Massive Krise im Maschinenbau, Maschinenbauer Voith: Entlassungen, Porzellankonzern Rosenthal: Insolvenz, Mieder und Unterwäsche-fabrikant Schießer: Insolvenz, Chiphersteller Qimonda: Insolvenz, Sensoren- und Elektronikhersteller Micronas (München Freiburg): Massenentlassungen, Märklin: Insolvenz, Kurzarbeit bei Daimler Bosch, VW, Ford, Eberspächer, Roto, Winkhaus, Siegenia, Aubi, massive Probleme bei allen Automobilzulieferern!

Aktuell stehen die große Schaefflergruppe und die europäischen GM-Töchter Opel, Vauxhall und Saab mit ca. 50 000 Kolleg/innen vor der Pleite und verlangen das Eingreifen des Staates. Sozialdemokraten aller Couleur verlangen gar die Verstaatlichung, die "Enteignung," die "Teilverstaatlichung" und was an Medizin sonst noch auf dem Markt feilgeboten wird.

Die Bankenkrise schwelt weiter!

Auch die Finanz- und Bankenkrise wächst wie ein Krebsgeschwür weiter. Die Commerzbank wurde für ein Mehrfaches ihres Börsenwerts aus Steuergeldern "teilverstaatlicht". Landesbanken, IKB, KfW - Banken, die Milliarden verspekulierten und ihre Banker mit Milliarden-Prämien versorgten - hängen am Steuertropf der arbeitenden und erwerbslosen Menschen!

Schon über 100 Mrd. Euro beträgt die Finanzhilfe aus Steuergeldern für das "Schwarze Loch" der Hypo-Real-Estate-Bank (HRE). Es ist kein Ende in Sicht! In den Büchern dieser Bank scheint es ungeheure Mengen "vergifteter" "Wert"-Papiere zu geben. Das aber gilt für andere Banken nach wie vor genauso! Angesichts der HRE-Schieflage wird über eine "kontrollierte Pleite" diskutiert, doch werden die Folgen als unkontrollierbar (!) eingeschätzt. Die Chefs des Finanzkapitals und die Bundesregierung befürchten, dass die Pleite viele weitere Banken mit in die Tiefe reißen würde. Die Pleite der US-Bank Lehman-Brothers gilt als abschreckendes Beispiel. Mit dem größten Eigentümer der HRE, einem

amerikanischen Finanzhai, der ca. ein Viertel des Kapitals hält, wird über einen Kauf von dessen Aktienanteil verhandelt, bisher ohne Ergebnis, da jener einen überhöhten Preis für seine HRE Aktien verlangt.

So wird eine Enteignung juristisch bereits vorbereitet. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde von der Bundesregierung verabschiedet. Unverändert werden auch Pläne für eine aus Steuergeldern abzusichernde "Bad Bank" ("Schlechte Bank") diskutiert, eines Instituts, das den betroffenen Banken die faulen, also wertlosen "Wert-Papiere" abkauft(!), so dass sie diese aus den eigenen Büchern und Bilanzen loswürden und wieder kreditwürdig würden.

Dies ist abzulehnen! Einmal mehr würden die Opfer der Krise zur Rettung der Verantwortlichen herangezogen, die breiten Massen der arbeitenden bzw. erwerbslosen Menschen, die Rentner/innen, die arbeitende Jugend, die Schüler/innen, die Studierenden. Hauptsächlich aus den ihnen abgepressten Steuermitteln wäre eine Bad Bank zu finanzieren bzw. abzusichern. Denn das Kapital würde bestenfalls symbolische Summen dafür bereitstellen, macht bisher auch keinerlei Anstalten in diese Richtung.

Der Fall Schaeffler

Maria Elisabeth Schaeffler und ihr Sohn Georg Schaeffler, die Eigner der Schaefflergruppe, eine Gruppe aus Automobilzulieferern, verzockten sich bei der Übernahme des viel größeren Continental-Konzerns (Conti) nach allen Regeln der Kunst und stehen nun - Schaeffler und Conti gemeinsam!! - am Rande der Pleite! Grausame, völlig legale Realität des Kapitalismus! Die Conti-Übernahme beruhte auf einer bodenlosen Fehlspekulation mit Conti-Aktien (ähnlich wie der Herr Merkle mit VW-Aktien!). Über 10 Milliarden Euro betragen nun die Schulden der Schaefflergruppe. Sie können Schaeffler und Conti in den Abgrund reißen! Krisenbedingt brechen nun auch noch die Aufträge aus der Autoindustrie weg. Das Warenangebot der Schaeffler-Conti-Gruppe ist im Moment wenig gefragt. Krise!

Die Schaeffler-Chefin vergoss öffentlichkeitswirksam auf einer Demo ihrer Belegschaften vor der Konzernzentrale in Herzogenaurach ein paar Tränchen, um auf ihr "schweres Schicksal" aufmerksam zu machen. Ihre Belegschaften stellten sich - wider besseres Wissen!! - hinter sie und ihre Geldforderung an die Bundesregierung. Die Schaeffler und ihr (inzwischen auf Druck der Banken gefeuerter) Finanzvorstand haben persönlich durch die Conti-Übernahmezockerei die Gefahr für die Schaeffler- wie auch für die Conti-Kolleg/innen heraufbeschworen!

Die örtliche IG Metall, ja sogar der IG Metall-Vorsitzende Huber, ließen sich von ihr vor den Schaeffler-

Karren spannen, um bei der Bundesregierung bis zu 5 Milliarden Euro Staatshilfen zu fordern. Im Gegenzug handelte Huber die Einführung der paritätischen Mitbestimmung im Schaeffler-Aufsichtsrat aus, sowie eine noch nicht bezifferte Mitarbeiter/innen - Beteiligung am Unternehmenskapital. Mit anderen Worten: Gelder der Lohnabhängigen werden diesen entzogen und dem Pleitebedrohten Schaeffler-Kapital hinzugefügt, so dass die Mitarbeiter auch noch mithaften!!

Bei der Schaefflergruppe stehen in Wahrheit ca. 71.000 Arbeitsplätze, mehr als 30.000 davon in der BRD, auf dem Spiel. Und es ist absolut ungewiss, ob daran Staatshilfen überhaupt etwas ändern. Im Gegenteil: Steinbrück knüpft Rettungsaktivitäten an Sanierungspläne, die wie immer in erster Linie Arbeitsplätze zur Disposition stellen.

Im kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sind die Arbeiter/innen und Angestellten dem Kapital und seinem Ausbeutungs-, Lohn- und Profitsystem und seinem Zwang zur Mehrwertaneignung durch den Kapitalbesitzer ausgeliefert, desto schärfer, je geringer die Arbeiterklasse sich zu Kampf und Gegenwehr organisiert hat. Es ist Augenwischerei, sich dieser Erkenntnis zu verschließen.

Fall Opel: Imperialistische Konkurrenz um einen Multi in der Krise!

Vergleichbar der Fall Opel, wenn auch noch dramatischer! Zehntausende Kolleginnen und Kollegen von Opel und den anderen GM-Töchtern Saab (Schweden) und Vauxhall (Großbritannien) gingen europaweit auf die Straße, um für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren, gegen GM und die Opel-Vorstände. Sie stellen einen wichtigen Faktor in der Krise dar. Es geht um ihre Existenz.

Opel ist im Totalbesitz des US-Konzern General Motors (GM) und verfügt heute laut bürgerlichen Medien nicht einmal "über ein eigenes Bankkonto". Alle Patente aus der Opeltätigkeit sind im Besitz von GM. Opel hat Standorte in Spanien, Polen, Belgien, Großbritannien, Russland sowie 4 in Deutschland, hier mit zusammen rund 26.000 Beschäftigten.

Der Mutterkonzern GM ist mit über 30 Mrd. Dollar überschuldet und somit praktisch Pleite.

Er wird mit Staatskrediten der US Regierung künstlich am Leben erhalten,

jetzt fordert Konzern-Boss Wagoner auch noch deutsche Staatshilfe. Das tut er zwar nicht offen und direkt, dafür schickt er seine europäischen Manager vor, so den GM-Europachef Forster und den Opelchef Demant. Der Opel Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Franz fordert die Selbständigkeit des europäischen Opel-Konzernanteils von GM. Die Ministerpräsidenten Rüttgers (NRW), Koch (Hessen) und Beck (Rheinland-Pfalz) machen sich für Staatshilfe aus Berlin stark. Die Debatte in der deutschen Öffentlichkeit fordert Staatshilfe bis hin zum Einstieg des Staates, ja sogar die Verstaatlichung bzw. Enteignung. Die deutsche Seite fordert aber die Herauslösung von Opel oder von allen europäischen GM-Töchtern aus dem US-Konzern. Die Bundesregierung fordert von GM und Opel ein Sanierungskonzept, in dem sichergestellt sein muss, dass gewährte Hilfen nicht in den Kassen des maroden GM-Konzern landen. Das Opeldrama erweist sich damit als Teil der Konkurrenz zwischen zwei imperialistischen Mächten, den USA und der Bundesrepublik.

Aber bei den gegebenen Eigentumsverflechtungen wäre es schwierig, Opel, ggf. auch Saab und Vauxhall, aus so einem kapitalistischen Mammutkonzern herauszulösen. So sieht seit Freitag dem 27. Februar das Szenario aus: GM fordert ca. 3,3 Milliarden Euro von der BRD und den anderen europäischen Staaten mit Opel-Standorten, bietet dafür die Schaffung einer rechtlich eigenständigen europäischen Opel-Gesellschaft an, an der GM aber mehr als 50 % behält, "Dritte" könnten sich im Umfang "zwischen 25 und 50 %" beteiligen (GM-Europachef Carl Peter Forster). Das können sowohl Staaten oder Bundesländer als auch private Investoren sein.

In diesem Fall wäre mit drastischen Einschnitten und Kostensenkungsprogrammen zu rechnen, Forster droht



**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**

**Rote
Hilfe**

zentrales spendenkonto:

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

kontakt:

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

www.rote-hilfe.de

weitere Lohn- und Gehaltsverzichte an, aber bisher keine Schließung von Standorten bzw. keine betriebsbedingten Kündigungen, vorerst nicht, um die Geldforderungen nicht noch zu gefährden, und weil sich die Beschäftigten mit ihren Aktionen etwas Respekt verschafft haben.

Die Alternative dazu ist die Pleite, kontrolliert oder nicht, dramatisch oder "sozial abgefedert". Die Folgen wären in jedem Fall dramatisch! Zehntausende Arbeitslose aus den Opelwerken und denen der Zulieferer, Niedergang der beteiligten Regionen in NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, in Schweden, in Großbritannien, viele davon, vor allem NRW und England, schon genug geplagt mit den Folgen früheren kapitalistischen Niedergangs. Eine solche Entwicklung würde nicht zuletzt auch die Krise bei Schaeffler-Conti entscheidend verschärfen!

Diese Alternative würde sich noch weiter zuspitzen, wenn der Mutterkonzern GM kaputtginge, bzw. wenn die US-Regierung ihn sterben lassen würde.

Mit Pleiten ist in der weltweiten Autobranche in jedem Fall zu rechnen. Schon vor dem Ausbruch der Krise gab es die Überkapazitäten, jetzt sind sie unübersehbar. Dass der Kapitalismus den Fortschritt hemmt, je weiter er voranschreitet, ist in der Autobranche mit Händen zu greifen: Viele Autotypen sind von der Massenkundschaft gar nicht mehr gewollt, da technisch rückständig! Kleine, Platz sparende, umweltfreundliche und sparsame Modelle sind zunehmend gefragt, nicht die rollenden und Benzin saugenden Monster, die nur widerstrebend aus dem Angebot vieler Automonopole verschwinden.

Immer mehr Menschen fragen sich überhaupt nach dem Sinn zumindest dieser Art von Individualverkehr, ob das Auto nicht selbst ein technisch rückständiges Produkt ist. Car-Sharing, stärkere Inanspruchnahme von ÖPNV, Eisenbahn und umweltschonenden Alternativen treten immer stärker ins Bewusstsein der Menschen.

Die so genannten Entwicklungs- und Schwellenländer bauen auf dem dort herrschenden niedrigen Niveau der Löhne und Arbeitsbedingungen eigene profitable Autoindustrien auf, mit denen sie auch auf die Märkte Europas und Nordamerikas drängen, was den Markt für die "alten" Autokonzerne weiter einschränkt.

All das macht es unter den gegebenen kapitalistischen Bedingungen unwahrscheinlich, dass alle Automobilkonzerne überleben werden. Ein Teil der kommenden Entlassungen ist historisch nicht vermeidbar, ein Teil des unvermeidlichen Niedergangs des Kapitals! Dafür gibt es im Kapitalismus keine Lösung!

Die Konsequenzen sind für die Arbeiter/innenklasse dramatisch. Es wird keinen Weg ohne weiteren Kampf geben! Dieser Kampf kann im Kapitalismus nur bedingte Erfolge erzielen, immer auf Kosten der Profite des Kapitals, das massiv dagegen kämpft! Es geht um den Kampf gegen weitere Verarmung, gegen die Hartzgesetze I - IV. Im Bereich des "Sozialkahlchlags" gibt

es durchaus "Verschlimmerungspotenzial"! Die Schwindel erregenden Milliardenschulden der "Konjunktur- und Bankenrettungspakete" will das Finanzkapital schließlich wieder hereinbekommen - mit Zins und Zinseszins! Wo sollen diese Mittel denn geholt werden, wenn nicht bei den arbeitenden Klassen, bei Erwerbslosen, Rentnern?! In der IG Metall wird heute offen von einer drohenden "Schrottung der Sozialsysteme" nach der Bundestagswahl gesprochen!

Es ist deshalb alles andere als unrealistisch, sich auch auf Ereignisse wie eine Opel-Pleite vorzubereiten!

Klassenkampf in der Krise!

Unerlässlich ist es, den antikapitalistischen Kampf zu führen. Kurzfristig, aktuell führt kein Weg an dem Kampf um Forderungen vorbei wie: Massive Besteuerung des Reichtums, der Vermögen, der Profite und Spekulationsgewinne! Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohn- und Personalausgleich, Senkung des Rentenalters, Mindestlöhne von 10 Euro und anderes mehr.

Doch das reicht nicht länger! Notwendig ist der Kampf um die Gewerkschaften, in den Gewerkschaften des DGB. Fassen wir Mut und setzen den Klassenkampf dort wieder auf die Tagesordnung. Nicht nur in der Krise vertritt das Kapital konsequent seine Interessen gegen die Arbeiterklasse gegen die Beschäftigten, gegen Erwerbslose, Rentner etc. Wo ist diese Konsequenz bei uns, bei den Gewerkschaften, bei den Menschen in Betrieben und Institutionen?!

Wenn kapitalistische Unternehmen Pleite gehen, dann liegt das nicht in der Verantwortung der Beschäftigten, obwohl das Kapital es schon wieder so hindreht. Die Arbeiter/innen und Angestellten sollten dies auch bewusst ablehnen. Es liegt daran, dass das Kapital historisch nicht länger in der Lage ist, den Menschen im kapitalistischen System überhaupt noch ein sicheres und stabiles Auskommen zu sichern! Die Zeit des Kapitalismus läuft ab! Wohin soll sich denn die nächste Krise ausweiten? Die gegenwärtige erfasst - historisch erstmalig - weltweit bereits alle Märkte!

Enteignung, Verstaatlichung?

Bekämpfen wir die Illusionen, die ideologischen Vorstellungen, die nun in der Krise vielfach vorgetragen werden, von Parteien wie der DKP, der Linkspartei. Eine der Hauptillusionen, die heute gezielt gestreut werden, besteht darin, die Verstaatlichung bzw. die Enteignung der Banken, teilweise auch von Konzernen wie Schaeffler oder Opel, würden die Folgen der Krise beherrschbarer machen, die Schäden, die das Kapital anrichtet, verringern oder vermeiden helfen und Sicherheit für die Ausgebeuteten schaffen.

Es handelt sich um eine Ausrichtung in die Irre! Wir lehnen entsprechende Forderungen ab. Merkel und Steinbrück selbst haben bereits das Enteignungsgesetz für die HRE in der Schublade.

Zur Verstaatlichung: Die Commerzbank wurde teilverstaatlicht durch einen Aktienaufkauf zu völlig überhöhten Preisen. Es wurde bisher nicht bekannt, dass die nun in den Commerzbank-Aufsichtsrat eingerückten Regierungsvertreter einen grundlegenden Wandel in der Geschäftspolitik herbeigeführt hätten. Verstaatlichungen ändern nichts am kapitalistischen System. Es tritt mit dem Staat lediglich ein weiterer kapitalistischer Eigentümer auf, der grundsätzlich nichts am Geschäft nach kapitalistischen Grundsätzen ändert. Es gibt staatliche Beteiligungen in großer Zahl, bei den Landesbanken, bei bestimmten Unternehmen wie z. B. VW. Alle bürgerlichen Parteien betonen, dass es sich um vorübergehende Engagements handeln soll, wenn der Staat in der Krise in Unternehmen, Banken, Konzerne einsteigt.

Zur Enteignungsforderung gilt grundsätzlich zunächst dasselbe. Das Grundgesetz der BRD geht selbst von der Möglichkeit der Enteignung aus, obwohl dieser Paragraph hauptsächlich dafür da ist, dass Kleinbesitzer für öffentliche Projekte enteignet werden können. Er ist gewiss nicht für die Enteignung von Banken und Konzernen geschaffen worden.

Entsprechend groß ist auch das Propagandagetöse aller möglichen Vertreter des Großkapitals. Hans Olaf Henkel, früher IBM-Chef und heute Lobbyist, sah gar die DDR wieder auferstehen. Doch dieses Getöse reflektiert nur den Widerwillen der Groß- wie Kleinkapitalisten, aller Ideologen des Liberalismus, gegen die Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit. Aber gerade Marx hat darauf hingewiesen, dass der Staat des Kapitals als "ideeller Gesamtkapitalist" in bestimmten Situationen auch ein "Gesamtinteresse des Kapitals" vertreten muss und Krisen mit unkonventionellen Maßnahmen auch gegen einzelnen Kapitale durchsetzen muss. Eine massive Krise wie diese, die potentiell das Gesamtsystem gefährden kann, ist solch eine Situation. Die Enteignung, wenn sie denn stattfindet, dient dem Kapital als System, seinem Überleben! Sie erfolgt gegen Entschädigung, und bei der HRE wird darum gerade gefeilscht. Davon zu schweigen, zu verschleiern, wie die Enteignung gerade dem Kapital in der Krise helfen und nützlich sein kann, ist Illusionsmacherei! Daran ändert auch die gern als Argument angeführte parlamentarische Kontrolle der enteignenden Regierung nichts. Der Staatsmanager an der Spitze wird genauso die Gesetze des Kapitals, der Kostensenkung, der Effizienz an den Beschäftigten exekutieren wie der Privatmanager. Der Laden wird unter Einsatz von Steuermitteln saniert und möglichst wieder privatisiert.

Käme es zu einer Enteignung der HRE oder gar von einem Konzern der Produktionssphäre, gingen Entschädigungen von Milliarden aus Steuergeldern an die enteigneten Kapitalist/innen. Dann können die damit weiterspekulieren, -investieren usw. mit den bekannten Folgen.

Eine andere Frage ist es in der politischen Praxis, ob

ein im Staatsbesitz befindliches Kapital umstandslos privatisiert wird. Sie stellte sich bei der Post, der Telekom und stellt sich bei der Bahn. Hier ist Widerstand gerechtfertigt, hier werden zum Teil historisch aus öffentlichen Mitteln geschaffene Strukturen denen entzogen, die diese Mittel aufgebracht haben! Und das ist natürlich auch bei einer Reprivatisierung Fall für Fall zu diskutieren.

Kommunisten geht es nicht um Überführung einer kapitalistischen Eigentumsform in eine andere, wenn wir die Enteignung fordern. Uns geht es darum, dass mit der Enteignung durch einen sozialistischen, von den Arbeiter/innen gebildeten Staat das kapitalistische Eigentum entschädigungslos abgeschafft wird. Kapitalbesitzer sollen zu einfachen, dem Arbeiter, der Arbeiterin, den normalen Werktätigen völlig gleich gestellten Bürgern werden. Das Recht, Geld als Kapital zur Ausbeutung zu verwenden, gehört vollständig abgeschafft! Damit ist gesagt, dass sich in der gegenwärtigen Lage die Enteignung von Banken oder Konzernen, von Verstaatlichungen und Teilverstaatlichungen ganz zu schweigen, als ein wenn auch drastisches Mittel der kapitalistische Krisenbewältigung erweist. Wir betrachten sie nüchtern als Teil des Geschäftsgebarens des Kapitals in der Krise, das in aller Regel genauso zum Schaden der Arbeiter/innen und Angestellten eingesetzt wird wie andere Krisenmaßnahmen. Ihnen gegenüber sind genauso die Forderungen der Arbeiterklasse zu vertreten wie gegenüber der Pleite oder der Umstrukturierung, gegenüber dem Verkauf oder der Fusion. Ersparen wir uns in dieser Lage Illusionen!

Wenn die Menschen der heutigen Gesellschaft, insbesondere die Jugend, die zukünftige Gesellschaft nach dem Kapitalismus, einen Sozialismus und Kommunismus, der diesen Namen verdient, erleben und den Kampf dafür führen wollen, dann müssen sie sich darauf vorbereiten, die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion, die jetzt im Kapitalismus unter die Räder der Profitmacherei gerät, in die eigenen Hände, in die selbst ausgeübte gesellschaftliche, kollektive Regie zu übernehmen und zu leiten und das Kapital, dieses zerstörerische Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnis, ganz abzuschaffen!

Empört ließ Lobbyist Hans Olaf Henkel verlauten, dass die DDR angeblich gezeigt habe, was der Staat als Eigentümer anrichte. Wir, Herr Henkel, aber erleben gerade, was das Kapital, Monopolkapital, Finanzkapital als Eigner anrichtet. Blicken wir auf die Folgen nicht nur, wie in diesem Artikel, auf die BRD und die reichen Länder, sondern auf die ganze Welt! Man kann nur erschrecken! Das Kapital ist dabei, die Welt, die Gesellschaften, die Menschen, die Natur zu verwüsten! Rosa Luxemburg hat gewarnt: "Sozialismus oder Barbarei!" Sie hat dafür auf barbarische Weise mit dem Leben bezahlen müssen. Sorgen wir dafür, dass das Kapital endlich für seine barbarische Herrschaft bezahlen muss.



In den Medien wird immer wieder über einen "Sozialismus" palavert, der durch Verstaatlichungen oder Enteignungen ansteht. (siehe obige Karikatur). Wir meinen dazu: Unsinn!

Verstaatlichen, enteignen...

Es mutet wie ein Wunder an: noch vor kurzem wurde das Hohelied der Privatisierung aller möglichen öffentlichen und staatlichen Dienstleistungen gesungen wurde von den "ewigen Selbstheilungskräften des Marktes" schwadroniert.

"Verstaatlichung", "Enteignung", auf einmal machen in "höchst offiziellen" Medien diese Begriffe die Runde.

Wir wissen, dass jede Verstaatlichung und jede Enteignung nichts anderes darstellt als die "Sozialisierung der Verluste" (sprich: die Gesellschaft hat die Kosten zu zahlen), bis die Herrschaften sich wieder "in der Gewinnzone" befinden und die Profite wieder wie üblich privatisiert werden können.

Kein Zweifel also, dass die (keynesianischen) Staatseingriffe, nichts anderes zum Ziel haben, als den Reichtum und die Macht des großen Kapitals zu retten, und nicht etwa, es einzuschränken.

Seit Beginn seiner Existenz lebt der Kapitalismus vom periodischen Kollaps, dieser ist geradezu sein Lebenspuls. Das kapitalistische Weltsystem wird immer wieder kollabieren, selbst wenn es Millionen ins Verderben reißt (im Zweifelsfall eben durch Kriege, die letzten Endes auch nichts anderes sind als periodische Ausflüsse des grundsätzlich krisenhaften Charakters des Kapitalismus).

Es genügt nicht, den neuerlichen prokapitalistischen Staatsinterventionismus nur als solchen zu denunzieren. Selbst gemessen am deutschen Grundgesetz Art 14 II GG, das Enteignung zugun-

sten des Gemeinwohls zuläßt (vom Ursprung her eine kosmetische Bestimmung), steht die öffentliche Diskussion um Verstaatlichung von Pleitebanken mehr als an und muss auch geführt werden.

Verstaatlichung und Enteignung ALLEIN nämlich bewirkt nichts, sondern stellen regelmäßige chirurgische Eingriffe des kapitalistischen Staates am siechen Körper des Kapitalismus dar.

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML !**

**UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN AUF-
BAU DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS,**

**ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM ARBEITS-
PLATZ,**

**ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,**

MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,

ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !

KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERNEINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

Kein Genöle von wegen "Planung ist schlecht, Markt ist besser", denn unsere Konzerne wissen schon seit Jahrzehnten gut zu planen, sie planen ihre hegemoniale politische Einflussnahme auf die Parteien, zwischen denen wir dann "wählen" dürfen (Kasperle, Seppel oder das Krokodil. Auch die Großmutter - PDS- steht zur Wahl), und sie planen sehr sorgfältig und langfristig Kriegsstrategien, die einen sicheren Absatz für die netten Todes-Spielzeuge unserer Hightechindustrien herstellen.

Es kommt darauf an, in wessen Interesse und nach wessen Maßstäben geplant wird.

Es muss im Interesse und nach Maßstäben und Vorgaben der Mehrheit der Bevölkerung geplant werden und deswegen Verstaatlichung und Enteignung.

Also Sozialismus!

Das ist noch kein ausgereiftes politisches Programm, aber die Diskussion dieser Fragen wird dazu führen, dass ein solches entstehen kann.

Reden wir darüber!

Am Mittwoch, den 18.02.09, hat die Bundesregierung das Finanzsicherungsgesetz für die Hypo-Real-Estate (HRE) in die Wege geleitet.

102 Milliarden Euro vom Steuerzahler hat der Staat schon in eine Bank reingepumpt, die nur noch **250 Millionen** wert ist. Es handelt sich um eine Enteignung der Schulden.

Die Kapitalbesitzer-Herrschaften besitzen doch so eine unverfrorene Frechheit, sich über die Enteignung ihrer Schulden zu entrüsten und gleichzeitig am gleichen Tag meldet die HRE wieder einen Finanzhilfebedarf von 20 Milliarden an. Das zeigt doch, dass die Diskussion um die Enteignung nur eine Ablenkung von ganz anderen Tatsachen geht.

Die Banken weltweit haben noch Derivate im Keller liegen, die 10 mal größer sind als das Weltbrutto-sozialprodukt. Dazu kommt noch der ganze Giftmüll der faulen Immobilienkredite, die CDS und, und, und. Auch die HRE hat all den Müll in ihrer Bilanz und mit schöner Regelmäßigkeit sind doch bisher schon durchschnittlich von der HRE jede Woche 20 Milliarden abgeschrieben und vom Staat ausgeglichen worden, mit den neuen 20 Mrd., wären das schon 124 Milliarden.

Indem aber der Staat die Bank verstaatlicht hat, muss er auch die anfallenden Abschreibungen mit

dem Geld der kleinen Steuerzahler ausgleichen. **Gewinne wurden eben privatisiert und Verluste vergesellschaftet.** Nun kann der Staat des Kapitals heimlich, still und leise dem HRE-Bettler jede Woche ohne großes Aufsehen ein Zwanziger zukommen lassen. Kein Protest, alle feiern die Verstaatlichung als Sieg, auch die Gewerkschaftsführer und die Linke. Die ehemalige "revolutionäre" Linke (wann war das bloß?) kriegt sowieso bei dem Wort "Verstaatlichung" feuchte Augen. Dabei ist doch bei einer Verstaatlichung überhaupt erst zu fragen, wem gehört der Staat, dem Arbeiter oder dem Kapital, und noch gehört der Staat den Thyssens und den Quandts und und.

Dass der Lohnempfänger, Rentner und Arbeitsloser von diesem Staat nichts mehr zu erwarten hat, liegt auf der Hand.

Die HRE musste der kapitalistische Staat unbedingt retten, da ihre CDS, Derivate und Pfandbriefe so mit allen Banken und Versicherungen verknüpft sind, dass die ganze Nation mitfallen würde.

Noch lassen die Arbeiter sich vieles gefallen, weil sie keine durchsetzungsfähigen Fürsprecher haben.

Erst wenn die kommunistische Partei – die heute noch klein ist - die führende Kraft im Lande wird, erst dann wird es möglich sein im Interesse der Werktätigen zu enteignen, zu verstaatlichen und den Sozialismus aufzubauen.

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Kontakt zur Partei, zu Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

* * *

Eigendruck im Selbstverlag

Brasilianische Arbeiter und Gewerkschaftler: **Aufruf zum Kampf gegen die Entlassungen und Angriffe der Automobilunternehmen weltweit**

Wir beobachten zurzeit die weltweite Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise und der Politik der Unternehmer und ihrer Regierungen. Abermilliarden von Dollar bzw. Euro an öffentlichen Geldern werden den Konzernen überreicht, während man mit uns Arbeiter/Innen nur über Entlassungen und die Notwendigkeit redet, auf unsere Arbeitsrechte zu verzichten und die Senkung unserer Gehälter in Kauf zu nehmen.

Das ist unakzeptabel!!! Wir waren nicht die Auslöser dieser Krise. Wer für die Krise bezahlen muss, sind diejenigen, die jahrelang Gewinne und Dividenden unter sich aufteilten, indem sie die jetzige Krise durch ihr unverantwortliches und betrügerisches Management verursachten.

Im Gegenteil, wir, die Arbeiter/Innen, produzieren unter Bedingungen extremer Ausbeutung und werden durch die Arbeit krank. Gleichzeitig werden unsere Löhne und Arbeitsrechte in Frage gestellt, Betriebe werden geschlossen bzw. verlagert. Und dies alles im Namen der Kostensenkung und der angeblichen Sicherung der Arbeitsplätze.

Wir dürfen jetzt nicht erlauben, dass diejenigen, die sich in den letzten Jahren unglaublich bereichert und diese Krise verursacht haben, sich Milliarden öffentlicher Gelder in die Taschen stecken, während sie gleichzeitig ihre Pläne bekannt geben, in denen wir gezwungen werden sollen, Lohnsenkungen und den Abbau von Errungenschaften zu akzeptieren, die Millionen unserer Familien ins Elend stürzen werden.

Die Regierungen und die Konzerne versuchen außerdem, uns gegeneinander auszuspielen. Sie verweisen auf die Löhne der Arbeiter/Innen in anderen Ländern, um die Reduzierung der Gehälter der Arbeiter/Innen im eigenen Land zu rechtfertigen. Sie betreiben eine unverschämte Erpressung mit dem Arbeitsplatzargument. Bedauerlicherweise haben einige Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände diese Logik des Kapitals akzeptiert. Dies führt zur Spaltung und Schwächung unserer Seite. Die Einzigen, die dabei gewinnen, sind diejenigen, die uns in den letzten Jahren hemmungslos ausgebeutet haben und jetzt ihre Reichtümer mit den öffentlichen Geldern weiter vermehren wollen. Und wir sollen auch diese Rechnung zahlen. Wir müssen Nein sagen. Keine Entlassungen, kein Abbau unserer Rechte und Löhne, keinen Lohnverlust bei Arbeitszeitreduzierungen. Wer diese Krise verursacht hat, muss dafür mit den eigenen Reichtümern bezahlen!

Wir rufen auf zu einem internationalen Aktionstag gegen die Entlassungen und den Abbau unserer Rechte und Löhne!!!!

Die Automobilindustrie kündigt weltweite Umbaumaßnahmen an. In verschiedenen Ländern finden bereits Mobilisierungen, Streiks und Demonstrationen statt. Auf den Globalangriff der Unternehmer müssen wir auch eine gemeinsame globale Antwort erarbeiten.

Es ist nötig, dass wir Initiativen, wie die in den letzten Tagen von den Arbeiter/Innen der GM EUROPA unternommenen Aktionen, zusammenführen und verbreitern. Sie haben einen Tag der Produktionsstilllegung und Demonstrationen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze durchgeführt. Wir in Brasilien bereiten einen Streiktag und Demonstrationen für den 1. April vor.

Wir, MetallarbeiterInnen von São José dos Campos, Arbeiter/Innen von GM BRASILIEN, rufen alle Arbeiter/Innen in der Automobilindustrie auf, einen internationalen Streiktag für den Erhalt unserer Arbeitsplätze, Löhne und Rechte zu organisieren. Die Reichen müssen für diese Krise bezahlen.

Arbeiter/Innen von General Motors (GM): machen wir Schluss mit der Konkurrenz unter uns, begegnen wir der Krise vereint und kämpfen wir für unsere Arbeitsplätze, Rechte und Löhne!

Wir rufen insbesondere die GM-Arbeiter/Innen aller Welt dazu auf, weil die Tarifverhandlungen, die durch einige Gewerkschaftsverbände und Gewerkschaften geführt werden, nur unsere Spaltungen vertiefen und erleichtert dem Unternehmen die politische Attacke auf uns Arbeiterklasse und ermöglicht ihr Finanzpläne, die darin bestehen, noch mehr öffentliche Gelder zu verschlingen.

Es ist dringlich, diese Situation zu verändern. Deswegen rufen wir, Arbeiter/Innen der GM Brasilien, die Metallarbeitergewerkschaft von São José dos Campos, die CONLUTAS (Koordinierung der Kämpfe, Brasilien), alle Arbeiter/Innen, Gewerkschaften, Betriebsräte, Aktivisten auf, ein internationales Treffen zu veranstalten, auf dem wir gemeinsame Aktionspläne beraten, um der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise zu begegnen und unsere Arbeitsplätze, Arbeitsrechte und Arbeitsgehälter verteidigen, ohne zu Geiseln der Erpressungen derer zu werden, die uns immer schon ausgebeutet haben.

Arbeiter/Innen der GM von São José dos Campos - São Paulo

Metallarbeitergewerkschaft von São José dos Campos - São Paulo - secretaria@sindmetalsjc.org.br

CONLUTAS - Koordinierung der Kämpfe von Brasilien - secretaria@conlutas.org.br

ELAC - Encontro Latino Americano e Caribenho de Trabalhadores - elac@elac.org.br

Vom Regen in die Traufe...

Aus dem Leben eines Arbeiters im Kapitalismus

Korrespondenz: Ich wohne in einer Großstadt im Ruhrgebiet und arbeite - wenn ich Arbeit habe! - als Tischler oder Schreiner. In den letzten Jahren arbeitete ich in einem kleinen Betrieb, wo ich der einzige "Mitarbeiter" war. Den Chef hielt ich für meinen Freund - unsere Zusammenarbeit wurde sozusagen per Handschlag besiegelt, etwas Schriftliches hatte ich zunächst nicht.

Die Aufträge zog sich mein Chef oft dadurch an Land, daß er in Bezug auf die Höhe der Kostenvoranschläge und in Bezug auf die Termine andere Konkurrenten unterbot. Mir war unverständlich, wie er die abgeschlossenen Verträge einhalten wollte, denn oft fraßen schon die Kosten für das benötigte Material die veranschlagten Kosten auf.

Doch ich sollte lernen, wie er sich das dachte... Da die Termine oft nicht eingehalten werden konnten, klappte es natürlich auch mit der Bezahlung durch die Kunden nicht. Das hieß: ich bekam sehr unregelmäßig Lohn, ab und zu steckte mein "Freund" mir als Abschlag mal einen Fuffi zu... Dafür mußte ich nahezu dauernd auf der Matte stehen, auch am Wochenende von früh bis spät in die Nacht arbeiten, "damit die Küche rechtzeitig fertig wird." Ich machte die Hauptarbeit, ich durfte Kisten schleppen usw., was mir auf die Dauer im wahrsten Sinne des Wortes auf's Kreuz ging. Aber ich tat es - schließlich hilft man ja einem Freund.

Doch allmählich kam ich dahinter, daß das eine sehr einseitige Freundschaft war. Ich forderte einen ordentlichen Arbeitsvertrag und festen Lohn, und das mit einigem Nachdruck. So trat ich z.B. für einen Tag in den Streik. Schließlich hatte ich Erfolg und bekam einen Vertrag. Nur: den mir zustehenden Lohn sah ich deswegen noch lange nicht immer. Das Klima zwischen mir und meinem Chef wurde auch immer schlimmer. Als er in einer der immer häufiger werdenden Streitereien meine Frau als "Schlampe" bezeichnete, reichte es mir - ich beschloß, mich nach einer anderen Arbeit umzusehen.

Unter mehreren Angeboten erschien mir eins vielversprechend: ein Unternehmer, ein "Künstler" in Bezug auf die Neuausstattung von Wohnungen gutbetuchter Bürger in Mühlheim suchte Leute wie mich. Ich bewarb mich also bei ihm und wurde - neben anderen Bewerbern - zu einem Gespräch eingeladen. Was mir in Aussicht gestellt wurde, kam mir sehr verlockend vor: ein fester Arbeitsvertrag, ein guter Lohn, die zu erledigende Arbeit würde mir wohl Spaß machen... In banger Erwartung fuhr ich zurück nach Hause - ob ich unter den anderen Bewerbern wohl eine Chance haben würde? Und siehe da, das Wunder geschah: ich wurde auserwählt. Allerdings: der Chef wollte mich erst einmal für ein paar Tage zur Probe anstellen - es ging um die Einrichtung einer Filiale, die er demnächst eröffnen wollte; der schriftliche Vertrag sollte dann abgeschlossen werden, wenn er mit mir zufrieden war.

Ich war übergelukkig und dachte: dem werde ich es zeigen! In den nächsten Tagen legte ich mich mächtig in's Zeug. Die nächsten zwei Wochen klotzte ich richtig ran, bis zu 60 Arbeitsstunden jede Woche. Das mit dem Arbeitsvertrag verzögerte sich merkwürdigerweise, immer wieder kam dem Chef etwas dazwischen. Er bestellte mich zur Unterschrift sogar einmal sonntags zu sich - und war dann nicht da. Es störte mich auch, daß ich, der ich den Führerschein erst seit kurzem hatte, mit seinem Lkw durch die Gegend fahren sollte, denn dieses Fahrzeug hatte keine Umweltplakette. Hätte man mich damit erwischt, hätte ich Strafe zahlen müssen, hätte ich einen Punkt in Flensburg bekommen und hätte ich mehrere hundert Euro für zusätzliche Fahrstunden zahlen müssen. Als ich meinen Chef in spe sagte, daß ich dazu nicht bereit sei, fand er, ich sei kompliziert.

Dem festen Vertrag, den er mir dauernd versprach, stand auch noch im Wege, daß der Vertrag mit meinem alten Chef noch bis zum Monatsende gültig war. Ich sollte ihm meinerseits kündigen, damit der neue Vertrag sofort abgeschlossen werden könne... Und ich Idiot machte das auch noch!

Nach zwei Wochen harter Arbeit war die Filiale für die Eröffnung fertig, für meine Arbeit hatte ich bisher noch keinen Cent gesehen. Wieder einmal an einem Sonntag fuhr ich, diesmal mit meiner Frau, nach Mühlheim, um endlich den schriftlichen Vertrag unter Dach und Fach zu bringen. Diesmal war mein 2-Wochen-Arbeitgeber sogar da und ließ uns ein - meine Frau ließ er allerdings gleich im Vorzimmer zurück. Der schwante daraufhin nichts Gutes - sie sollte Recht behalten. Von dem ursprünglichen, verlockenden Angebot blieb übrig: ein schriftlicher Vertrag über 400 € und die mündliche Zusage, mir weitere 1400 € jeweils bar auf die Hand zu geben - also Schwarzarbeit. Natürlich nahm ich das nicht an.

Was war insgesamt herausgekommen? Ich hatte zwei Wochen lang wirklich geschuftet; ich hatte dafür auch nicht einen Cent Lohn erhalten; ich hatte von mir aus meinen alten Arbeitsvertrag gekündigt, war also nun für 3 Monate gesperrt... Für einen hat aber die ganze Sache doch ihr Gutes gehabt: der Mühlheimer Unternehmer hat seine Filiale einrichten lassen, ohne daß es ihn auch nur einen Cent gekostet hätte...

Übrigens: ich suchte ja nun wieder Arbeit - kurz nach dieser "Bauchlandung" las ich eine Anzeige: ein Mühlheimer Wohnungseinrichter suchte wieder Arbeitskräfte, die... Ich hoffe, es sind nicht wieder Kollegen darauf hereingefallen so wie ich!

Meine Freunde sagen, ich sei nicht geeignet für das Leben im Kapitalismus - vielleicht haben sie Recht, aber ich habe beschlossen, das als Lob aufzufassen. Schließlich will ich ja auch in einem anderen Gesellschaftssystem leben...

Der Amoklauf in Winnenden

Deutschland auf Platz zwei der Amokläufe

Im März 2000 schoss ein 16-jähriger Schüler eines Realschulinternats in Brammenburg (Bayern) auf den Leiter der Einrichtung, nachdem er tags zuvor von der Schule verwiesen wurde. Im April 2002 erschoss ein Erfurter Schüler 16 Menschen an seiner ehemaligen Schule. Im November 2006 eröffnete ein 18-jähriger in Emsdetten das Feuer in seiner Schule, verletzte mehrere Menschen und erschoss sich selbst. Deutschland hat nach den USA in den letzten 10 Jahren die meisten Amokläufe junger Menschen zu verzeichnen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, um sich gegen den Zustand an Schulen und Unis unmittelbar zu wehren ist der Bildungsstreik, der am 17. Juni bundesweit stattfindet. Nicht nur SchülerInnen, Azubis und Studierende leiden unter den heutigen Zuständen. Auch Lehrkräfte sind betroffen. Wir sollten uns deshalb für den größtmöglichen Schulterschluss zwischen SchülerInnen, Studierenden und LehrerInnen und dem Personal an Schulen und Unis am 17. Juni einsetzen.

Das Entsetzliche und scheinbar Unerklärliche ist auch ein Medienereignis. Wo die "Freiheit der Meinung" ein milliardenschweres Geschäft ist, darf keine Fernsehkamera, keine Zeitung fehlen; statt stiller Trauer erleben wir einen Wald von Kameras und Mikrofonen und Heerscharen von Reportern, die hilflos-"betroffene" oder gar dämlich voyeuristische "Fragen" stellen.

Doch die bürgerlichen Meinungsmacher "berichten" nicht nur, sie wollen auch "erklären". Auf der Suche nach der "Ursache" muss die Psychologie zu Rat gezogen werden. War der Täter verschlossen, schüchtern, hatte er "Probleme", spielte er gar Computerspiele?

Der 17-jährige in Winnenden ist Amok gelaufen. Die "Suche nach der Erklärung", die Suche nach der Prävention führt - wie immer - in die Irre.

Die gesellschaftlichen Ursachen des Amoks werden ausgeblendet. Nicht nur die schlechten Verhältnisse an den Schulen, den Mangel an Lehrern, Ausbildungsplätzen usw. Der Amok-Lauf eines Schülers ist nur die Spitze des Eisbergs, einer aufgestauten Gewalt und Energie, die selbst Resultat des zunehmenden Drucks auf Jugendliche, auf alle Mitglieder dieser Gesellschaft sind. Er ist ein besonders krasses Ergebnis ständig verschärfter und zunehmend perspektivloserer Zurichtung des Individuums für sein Funktionieren im Kapitalismus.

Dass sich Wut, Frustration und Perspektivlosigkeit gerade im Amoklauf von Kindern aus "gutem Haus", aus "stabilen Verhältnissen" und gar nicht oder nur selten aus den unteren Schichten der Arbeiterklasse oder bei MigrantInnen manifestiert, ist der bürgerlichen Mediendiagnostik ein unerklärliches Mysterium. Die soziale Herkunft vieler Amokläufer aus den USA und der BRD widerspricht nicht nur offenkundig den gängigen sozial-

fürsorglichen bis offen rassistischen Deutungen. Sie verweist auch auf gesellschaftliche Ursachen. Gerade bei den Angehörigen der in sich sehr differenzierten Mittelschichten bis hin zu kleineren Kapitalisten - also der "Mitte der Gesellschaft" - äußert sich die Lebenskrise der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsformation in schärfsten inneren Gegensätzen.

Einerseits soll das Bestehende irgendwie gerettet werden, man will jedenfalls zur Zeit keine grundlegende Veränderung der Verhältnisse, sondern deren Rettung per "Rettungsschirm", Konjunkturprogramm oder Steuergeschenke.

Andererseits ruiniert die Krise auch diese Schichten. Der Ruin droht nicht nur den Ärmsten der Armen. Er droht auch der "Mitte".

Dieser gesellschaftliche Widerspruch - selbst Resultat der Krise, des "Amoklaufs" der kapitalistischen Verhältnisse - nimmt in der Regel scheinbar "harmlosere", weil vor allem gegen die eigene Person gerichtete Formen an, gerade bei Jugendlichen. Drogenkonsum, Psychosen, Suizide nehmen unter den gegebenen Verhältnissen zu.

Davor rettet uns keine Drogenprävention, keine Nichtraucher-Kampagne, keine Schülerkontrollen, kein Psycho-Doc auf Krankenschein.

In einer Periode, in der die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst aus dem Ruder laufen, hilft nur der Kampf gegen diese Verhältnisse, gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse.

Die beste Antwort auf die Vereinzelung von Jugendlichen, auf Depression, Suizid oder gar Amok ist der Kampf für eine andere, von den Zwängen der Kapitalverwertung und bürgerlicher Repression und Enge befreite Gesellschaft - der Kampf für die sozialistische Revolution.

Aus: **Roter Morgen**, Nr. 01/ 2009

Der DKP-Vorsitzende über den Präsidenten des US-Imperialismus

Ist Obama "druckempfindlich"?

Barack Obama zum Präsidenten der USA zu machen ist zweifellos ein überaus geschickter Schachzug des US-Finanzkapitals gewesen: Nach dem Ende der Bush-Ära halten ihn viele Menschen innerhalb und außerhalb der USA und auch gerade in Deutschland aufgrund seiner "Wandel"-Rhetorik für eine Art "Heilsbringer". Seine Hautfarbe hat ihm die Unterstützung enormer Teile der schwarzen Bevölkerung in den USA gesichert, die seit 200 Jahren für gleiche Rechte kämpfen.

So nachvollziehbar die Hoffnungen, die von vielen in Obama gesetzt werden, auch sein mögen: Es sind völlig

illusionäre Hoffnungen. Barack Obama steht nicht für irgendeinen Wechsel. Er ist der führende politische Vertreter des US-Imperialismus - genau wie sein Vorgänger Bush es gewesen ist.

Im RM 05/08 haben wir anhand von Obamas Unterstützern im Wahlkampf, anhand seines politischen Umfelds und seines Kabinetts und anhand seiner eigenen Äußerungen gezeigt, dass der "Wandel" ein bloßes Wahlkampfmanöver gewesen ist und dass sein Programm u.a. ausdrücklich die Fortsetzung der Kriegs- und Besatzungspolitik der USA beinhaltet.

Die Vorstellung, durch das Austauschen des Staatsoberhauptes oder Regierungschefs könne man das Wesen des Staates oder der Politik ändern, ist eine idealistische, eine sozialdemokratische Irrvorstellung, die von einem über den Klassen stehenden Staat ausgeht. Jeder Staat ist aber der Staat einer bestimmten Klasse, nämlich der jeweils herrschenden Klasse. Der US-amerikanische Staat ist der Staat der amerikanischen Bourgeoisie, des dortigen Finanzkapitals. Die US-Regierung ist die Regierung des Finanzkapitals. Ob der Präsident nun Bush oder Obama heißt: Das US-Finanzkapital, der US-Imperialismus, seine Interessen, seine Aggressivität, sein Staat und seine Politik bleiben im Kern dieselben, wenn sie auch unterschiedlichen Anstrich tragen mögen.

Ebendiese Grundwahrheit wird von den Opportunisten und Reformisten aller Schattierungen in

Frage gestellt, um darüber Verwirrung zu stiften. Teilweise geschieht dies auf sehr raffinierte Art und Weise: Ein Beispiel dafür ist die Kolumne des DKP-Vorsitzenden Stehr in der Zeitung "Unsere Zeit" vom 23.01. unter dem Titel "Obama braucht Druck".

Der Artikel nimmt die Krise zum Ausgangspunkt, um zu erklären, dass die "neoliberale Weltordnung [...] zunehmend hinterfragt, abgelehnt und bekämpft" werde. Dass hier bloß von der "neoliberalen" Weltordnung die Rede ist, lässt nichts Gutes erahnen. Es wird zwar erklärt, dass "Obama [...] diese Entwicklung im Sinne des transnationalen Kapitals verändern" solle, "auch um eine neue Grundlage für die zukünftige Existenz des Profitsystems des Kapitalismus zu sichern". Es wird zwar erklärt, dass die "vielen Geldgeber zur Wahlkampagne [...] jetzt die Rendite ernten" wollen und dass von ihrer Seite "eine Neuordnung der militärischen Aggressionspolitik" genau so anstehe wie "eine strukturelle Erneuerung der Industrie, des Finanzwesens und der öffentlichen Dienstleistungen." Doch dann kommt Stehr zum Punkt: "Es wird darauf ankommen, unüberhörbar nationalen Druck in den USA und international für einen Politikwechsel zu fortschrittlichen Entscheidungen zu mobilisieren.

Obama ist 'druckempfindlich', seine Wählerinnen und Wähler sind größtenteils aus der Arbeiterklasse, aus verschiedenen sozialen Bewegungen und von Migrantinnen und Migranten. Auch deswegen müssen die Aktionen am 8. Februar in München gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz und am 4. April in Straßburg und Baden-Baden als Teil der europaweiten Demonstrationen gegen die NATO hörbare Signale zur Beendigung des Krieges im Irak, in Afghanistan, zur Auflösung des Foltergefängnisses Guantanamo setzen und die Auflösung der NATO fordern."

Was wird damit aber gesagt?

Es wird nicht gesagt und es geht nicht darum, dass wir in München, Straßburg und Baden-Baden für unsere Interessen und gegen die Angriffe der Im-

perialisten kämpfen müssen und dass wir durch unseren entschlossenen Kampf den Imperialisten und ihrer Regierung Forderungen abtrotzen können.

Es wird vielmehr gesagt, dass ein "Politikwechsel zu fortschrittlichen Entscheidungen" unter den Bedingungen des Kapitalismus generell möglich ist und dass Obama als jemand, der seine Wählerschaft vor allem in der Arbeiterklasse und bei den sozialen Bewegungen in den USA hat, diesen Politikwechsel vollziehen kann - wenn man ihn von der Straße aus nur unter Druck setzt! Wir müssen auf die Straße gehen, damit Obama fortschrittliche Politik macht.

Das ist glasklarer Reformismus!

Das würde bedeuten, dass Obamas Politik im Kern davon abhängen würde, welche der beiden Kräfte: "transnationales" Kapital oder fortschrittliche Wählerschaft - es schaffen würde, ihn stärker unter Druck zu setzen. Obama, der an anderer Stelle als "ein zugegeben sympathischer, noch dazu farbiger Präsident" beschrieben wird, wäre damit jemand, der als Staatschef zwischen oder über den Klassen steht.

Besonders deutlich wird diese Haltung im letzten Satz der Kolumne: "Obama braucht diesen Druck, sonst muss er scheitern, oder er wird ein weiteres Beispiel für missbrauchte Persönlichkeiten, die das Kapital nach Gebrauch wieder entsorgt." Es geht aber nicht darum, ob die eine oder die andere "Politik" oder "Ideologie", die "neoliberale" oder die "tendenziell fortschrittliche", an der Regierung ist. Es geht darum, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem an sich das Problem ist und dass dieses nur beseitigt werden kann durch die Erringung der Macht durch die Arbeiterklasse und durch die Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Die Revisionisten, ob von der DKP oder wem auch immer, stiften Unklarheit in diesen Fragen, um die Arbeiterklasse zu verwirren und vom Ziel ihres Kampfes abzulenken.



Aus "Apothekerkreisen" erhielten wir vor einiger Zeit den folgenden "Beitrag", den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Wir (RS-Red.) geben ihm den Titel

"Zurück in die Zukunft -

in den utopischen Sozialismus!"

Revolutionsszenarien

Revolution 1917-1919

In Rußland, Ungarn, Berlin und München ist die proletarische Revolution ausgebrochen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist agrarisch und lebt in selbstversorgenden Dörfern. Für ihren Lebenslauf ist es zunächst einmal egal, wer in den Städten regiert, Adel, Bourgeoisie oder Proletariat. Das Leben geht weiter.

Revolution 2030 in Norwegen

In Norwegen hat die sozialistische Revolution gesiegt. Norwegen tritt aus der NATO aus und in der EU war es sowieso nie. Dank reichlicher Erdgas- und Erdölfelder und Wasserkraftwerken ist die Energieversorgung gesichert. Als Folge der Klimacrwärmung und gut ausgebauter Treibhauskultur hat es eine blühende Landwirtschaft. Die Bevölkerung feiert eine Woche und geht optimistisch an den Aufbau des Sozialismus.

Revolution 2030 in Deutschland.

Die Bevölkerung feiert ebenfalls enthusiastisch den Sieg des Sozialismus. Doch noch am selben Tag sperrt Frankreich den Atomstrom, Gazprom die Gaszufuhr. Italien sperrt die TAL (Transalpine Ölleitung von Triest zu den Raffinerien in Ingolstadt. Kriegsschiffe der NATO sperren die Elbmündung, so dass keine Containerschiffe nach Hamburg durchkommen. Die Niederlande sperren den Rhein bei Arnhem. Die Stromversorgung, Kommunikation, der Verkehr auf Schiene und Straßen bricht zusammen. in den Tiefkühltruhen von ALDI, LIDL vergammelt die Ware. Da die ganze kapitalistische Produktion auf just-in-time umgestellt ist, gibt es am zweiten Tag schon keine Waren mehr. Die US-Armee in Rheinland-Pfalz braucht keine Atombomben auf Berlin zu schmeißen, die NATO braucht keinen Schuß abzugeben. Sie braucht nur zu warten. Schon am 3. Tag hungert und friert die Bevölkerung. Die Stimmung kippt. Die Massen stecken die KP-Büros in Brand und fordern die Rückkehr zum alten Regime. Die KP-Funktionäre, die sich nur um Ideologie gekümmert haben und für den Tag X nicht vorgesorgt haben, werden verjagt. Die KP-Funktionäre jammern, hätten wir doch auf die nationalistischen Rechtsbaweichler gehört.

Nachtrag der RS-Redaktion: Neue wissenschaftliche Untersuchungen über die Ursachen des Scheitern der Revolution im Jahr 2030 haben ergeben, daß der Hauptgrund für die Zerstörung der KP-Büros ein anderer war: Da die Unterstützung von Gazprom fehlte, stieg Schalke 04 in die 2. Bundesliga ab!

Recklinghausen (Korrespondenz eines RS-Lesers):

Demonstration gegen das zionistische Massaker in Gaza

Am 9. Januar fand wie in zahlreichen anderen Städten in Recklinghausen eine Demonstration gegen den zionistischen Terror gegen die Bevölkerung von Gaza statt. Aufgerufen dazu hatten palästinensische Mitbürger. Ich erfuhr davon leider erst sehr kurz vor der Demonstration und kam gerade noch rechtzeitig zum Versammlungsort. Hier mußte ich beschämt feststellen: **“Wieder einmal allein gelassen!”**

Es waren etwa 800 Menschen gekommen, doch unter ihnen sah ich außer mir nur noch zwei Deutsche.

Die Demonstration war sehr gut vorbereitet und wurde gut durchgeführt. Es gab viele Transparente - sie waren fast alle in deutscher Sprache. Bei Demonstrationen, an denen ausländische Organisationen teilnehmen, ist das leider selten der Fall.

Auch die Parolen wurden von den palästinensischen und libanesischen Demonstranten auf Deutsch gerufen. **“Kindermörder, Frauenmörder Israel!”** hallte es immer wieder durch die Straßen, worüber sich unsere Lokalzeitung in ihrem Bericht empörte. Ich kann an dieser Parole nichts Schlechtes finden außer, daß die Männer nicht erwähnt werden...

“Israel bombardiert, Deutschland finanziert” war eine weitere Parole, die mir gut gefiel. Eine andere gefiel mir nicht so gut: **“Palästina ist unser Land”** (was richtig ist) **“Die Juden haben es abgebrannt!”** Ich sprach zwei junge Palästinenserinnen mit Ordnerbinde deswegen an und es ergab sich etwa folgendes Gespräch:

“Den zweiten Teil finde ich nicht gut.” - **“Warum nicht?”** - **“Es gibt auch andere Juden.”** - **“Ach, Sie meinen die in Deutschland?”** - **“Die auch, aber zum Beispiel in Israel die Friedensbewegung. Ihr solltet rufen: ‘Zionisten haben es verbrannt!’** allerdings muß ich zugeben, daß sich das rhythmisch schlechter rufen läßt.”

Da mußten sie lachen. Aber dann passierte etwas, was ich vorher selten erlebt habe: sie gingen zu der Frau mit dem Megaphon, sprachen kurz auf Arabisch mit ihr und danach wurde nur noch der erste Teil der Parole gerufen. Meine Kritik wurde offenbar akzeptiert. Hier erinnere ich mich an ähnliche Situationen mit sogenannten Autonomen, Antideut-



schen usw. - wenn die kritisiert wurden, lächelten sie bloß mitleidig-herablassend und änderten nichts...

Mit einer deutschen Teilnehmerin ging ich ein ganzes Stück gemeinsam und wir unterhielten uns sehr angeregt über den Verlauf der Demonstration. Wir stimmten in fast allen Punkten bei der Einschätzung überein, auch was die Hetze der Medien gegen Palästina betraf. **“Bei unseren Gewerkschaftsdemonstrationen fehlen uns oft solch’ mitreißende Parolen,”** sagte sie. Ich überlegte krampfhaft, wie ich es anstellen könne, ihre Adresse zu erfahren, um in Zukunft mit ihr politisch zusammenarbeiten zu können, ohne daß es jetzt wie eine Anmache aussah. Doch mir fiel nichts ein. Wie ich es hätte machen sollen, erfuhr ich wenig später: ich sah einen weiteren Deutschen mit einer MLPD-Fahne. Ich sprach ihn von hinten an. **“Und ich dachte schon, ich sei der einzige Deutsche hier!”** Er antwortete mir in drei Sätzen: **“So kann man sich täuschen. Man muß doch Solidarität zeigen. HAST DU SCHON DIE NEUE ROTE FAHNE?”**

Tja, ein Scheibchen dieser Dreistigkeit hätte mir wahrscheinlich vorher geholfen...

Eine unserer Lokalzeitungen begnügte sich nicht mit einem verleumderischen Artikel über die Demo, nein, sie startete auf ihrer Homepage auch eine Umfrage. Den Seiten-Besuchern wurden zwei Möglichkeiten zur Wahl vorgelegt, sinngemäß: **“Halten Sie Israels Vorgehen für richtig?”** und **“Halten Sie es für übertrieben?”** Diejenigen, die wie ich Israels Vorgehen für falsch hatten, landeten dann in der dritten Spalte **“Keine Meinung”**...

Anleitung für Flugblatt-Verteiler vor Betrieben

Die politische Seite der Verteilung

(Der folgende Text wurde zusammengestellt anhand früherer Ratschlägen der Partei an Flugblattverteiler vor allem vor Betrieben.)

Unsere derzeitige Hauptaufgabe ist die Organisation der bewußten Arbeiter, also die Zellenbildung vor allem in Betrieben. Um diese Aufgabe zu lösen, müssen wir Agitation und Propaganda entfalten sowohl in den Betrieben durch arbeitende Genossen als auch von außen durch Flugblätter (später auch Betriebs- und Massenzeitungen). Die agitatorische und propagandistische Aufgabe der Flugblätter müssen alle Verteiler durch individuelle Agitation und Propaganda unterstützen und damit einen Beitrag leisten, die derzeitige Hauptaufgabe der Partei erfolgreich anzupacken.

Dabei sollten die Verteiler folgende Erfahrungsregeln beachten:

Du mußt die Arbeiter begrüßen ("Morgen" oder "Mahlzeit"). Das ist sehr wichtig, denn viele Arbeiter halten Flugblattverteiler für überhebliche Intellektuelle, die sie belehren wollen.

Unter den Arbeitern ist die Begrüßung ein Beweis für kollegiale Haltung; Arbeiter, die ihre Kollegen nicht begrüßen, sind meistens Einzelgänger und nicht gut angesehen. Eine normale Begrüßung durch den Verteiler drückt dessen kollegiale Einstellung zu den Arbeitern aus und wird in den meisten Fällen auch wie selbstverständlich beantwortet.

Auf Fragen wie "Na, was gibt's heute wieder?" oder "Was gibt's Neues?" mußt Du eine kurze aber informative Antwort wissen. Die Arbeiter müssen merken, daß du das Flugblatt kennst und seinen Inhalt vertreten kannst. Wenn sie sehen, daß der oder die Verteiler ihre Arbeit aus Überzeugung machen, werden sie dir und der Partei umso eher Vertrauen entgegenbringen.

Versuche, mit den Arbeitern ins Gespräch zu kommen. Achte z.B. darauf, wer (regelmäßig) mehrere Flugblätter nimmt oder /und wer sofort das Flugblatt zu lesen beginnt. Versuche sie beim nächsten oder übernächsten Mal anzusprechen. Hast du einen oder einige Arbeiter auf diese Weise kennengelernt, dann mußt du versuchen, diese Bekanntschaft zu vertiefen (bis hin zum Treffen zum

Feierabend).

Laß dich von den vereinzelt Reaktionären nicht provozieren oder in offensichtlich fruchtlose Diskussionen verwickeln. Wenn dich ein Reaktionärer fragt "Sind Sie Student?" oder "Wer bezahlt Sie?", dann mußt du im gleichen Stil zurückfragen, z. B. "Wer schickt Sie eigentlich? Der Chef?" oder "Sind Sie vom Werkschutz?"

Wenn ein Provokateur merkt, daß du dich nicht einschüchtern läßt und daß er bei den Arbeitern keinen Anklang findet, wird er sich zurückziehen.

Die rechtliche Seite der Verteilung

Da die Partei nicht verboten ist, ist jede Flugblattverteilung völlig legal und rechtlich ungefährlich. Das wird die Reaktion nicht hindern zu versuchen, die Verteiler zu schikanieren, ihre Personalien festzustellen oder sie gar vorläufig festzunehmen und die Flugblätter zu beschlagnahmen (etwa unter dem Vorwand, sie riefen zu strafbaren Handlungen auf). Aber diese Schikanen haben ihre Grenzen in der Angst der Reaktion vor der Öffentlichkeit, die wir notfalls durch besondere Flugblätter auch noch nachträglich herstellen bzw. erweitern könne. Die Reaktion wird sich deshalb jede Schikane genau überlegen müssen. Wenn Polizei auftaucht, dann kommt sie nicht ohne Auftrag. Auf eigene Faust wird kein Polizist wagen, gegen uns "einzuschreiten".

Für alle Fälle solchen "Einschreitens" sind folgende Regeln zu beachten:

Verteile nicht auf Betriebsgelände, wenn du von dort vertrieben wirst (eine Aufforderung genügt). Andernfalls lieferst du der Polizei einen Vorwand, wegen Hausfriedensbruch gegen dich vorzugehen. Vom Bürgersteig aber kann dich niemand vertreiben.

Wenn Polizei kommt, ruhig bleiben und nicht weglaufen! Solange Arbeiter bei dir sind, werden die Polizisten keine unüberlegten Schritte wagen. Wenn Polizisten deine Personalien verlangen, mußt du sie ihnen geben. Führe deshalb immer einen Ausweis bei dir!

Verlange auf jeden Fall von ihnen eine Begründung und frage (rhetorisch), wer sie denn geschickt hätte. Laß dich auf keinen Fall von ihnen

zur Seite ziehen und in eine Diskussion verwickeln. Die Arbeiter müssen bei allem dabei sein und sehen, daß du keine Angst hast und die Polizisten dich nur schikanieren können.

Wenn die Polizei dich mitnehmen will, keinen Widerstand leisten! Eine vorläufige Festnahme kann ohnehin nur Schikane sein, um dich vom Verteilen abzuhalten. Nach der Entlassung unbedingt noch am selben Tag (bei Feierabend oder Schichtwechsel) dasselbe Flugblatt weiterverteilen. Das ist die beste Demonstration dafür, welche Rolle die Polizei spielt. Die Reaktion fürchtet nichts so sehr wie die Öffentlichkeit; ein zweites Mal wird sie sich eine vorläufige Festnahme besser überlegen.

Bist du vorläufig festgenommen, brauchst du außer Angaben zur Person (und zu Beruf und Wohnort des Vaters) keine Angaben zu machen. Weigere Dich auch, irgend etwas zu unterschreiben.

Bei Zivilen mußt du ihren Dienstaussweis verlangen. Können sie sich ausweisen, mußt du dich ihnen gegenüber wie gegenüber Uniformierten verhalten.

Wenn du merkst, daß dich jemand fotografieren will oder schon fotografiert hat, kannst du mit Gewalt gegen ihn vorgehen (z.B. Kamera wegnehmen und Film belichten bzw. versuchen, die Photos auf dem Chip zu löschen); es darf dir auch jemand helfen, der selbst nicht fotografiert werden soll. Jeder hat ein "Recht am eigenen Bild" (§ 22: Kunsturhebergesetz); und wenn dich jemand ohne deine Einwilligung fotografieren will, steht dir das Recht auf Notwehr zu.

Klüger ist es allerdings, sich gar nicht erst fotografieren zu lassen; d.h. du solltest dich rechtzeitig abwenden oder so plazieren, daß man dich nicht fotografieren kann.

Wenn du mit einem Kfz kommst, stelle es in einiger Entfernung, möglichst in einer Seitenstraße, ab. Achte bei der Rückfahrt darauf, ob du verfolgt wirst. Hast du den Verdacht, daß eine bestimmte Person dich verfolgt, versuche nicht, sofort zu entkommen, sondern verhalte dich so, daß der andere dich verfolgen kann, wenn er Interesse daran hat. Dadurch wird sich der Verdacht entweder bestätigen oder als falsch erweisen. Versuche, dir Aussehen und Fahrzeug des Verfolgers zu merken, bevor du ihn abhängst.

Dokumentation zur Lage in Thailand:

Offener Brief an das Konsulat in Frankfurt
und die Botschaft in Berlin:

“Wir sind Tausende von Thailändern, aus Dortmund, Frankfurt am Main, Mainz, Alzey, München, Weimar, Berlin und vielen anderen Städten. Wir setzen uns für die wahre Demokratie in Thailand ein.

Nach der politischen Wende 1932 von der absolutistischen Monarchie zur konstitutionellen Monarchie konnte Thailand und das Thai Volk keine echte Demokratie genießen. Das Wahlrecht des Volkes wurde niemals respektiert. Die Armee hat zwölfmal erfolgreich Putsche verübt. Jedes Mal hat die Armee die selben Gründe für die Putsche angeführt: Korruption und Majestätsbeleidigung. Der wahre Grund des Konflikts ist aber der Versuch der alten Machthaber (Armee, Aristokraten etc.), das aristokratische und adlige Machtgefüge gegenüber einer immer stärker werdenden demokratischen Entwicklung im Land weiter aufrecht zu erhalten.

Die demokratische Verfassung von 1997 hatte seinerzeit das politische demokratische System und die zivile Regierung im Land gut nach demokratischen Regeln stabilisiert. Leider haben die alten Machthaber diese demokratische Entwicklung in unserem Land blockiert, um ihre Macht und ihren Reichtum zu erhalten und nicht mit dem thailändischen Volk zu teilen. Deswegen kam es zu einem militärischen Putsch am 19. September 2006.

Jetzt will das Volk keinen Putsch mehr und möchte, dass sein demokratisches Recht gewahrt wird. **Thaksin** ist heute nur noch Historie und spielt keine wichtige Rolle mehr bei der jetzigen demokratischen Bewegung in Thailand. Entscheidend ist, dass eine Verfassung vereinbart wird, in der die Menschenrechte verankert sind und eine demokratische Grundordnung hergestellt wird.

Wir wissen alle, dass Demokratie nicht immer eine ideale Staatsform darstellt, wir wissen aber auch, dass auf der Welt bisher keine bessere existiert.

Leider ist am 12. und 13. April 2009 wieder die demokratische Bewegung des größten Teils der thailändischen Bevölkerung vom Militär gnadenlos niedergeschlagen worden. Das eigene Volk wird wiederum von einer Gruppe der Machthaber geknechtet. Wir möchten den Premierminister Apisit Vejjajiva, seine Regierung, die Armee und die Aristokraten anklagen wegen ihrer Gewalttätigkeit gegen das eigene Volk.

Wir fordern die Thailänder, die in Deutschland leben, auf, zusammen zu halten und für unser Land und für die Demokratie zu kämpfen, damit Wohlstand für alle und Chancen für unsere Kinder in Zukunft in unserem Land entstehen können.”

*Organisation der Thailänder in Deutschland
für Demokratie in Thailand*

Gaza, Hiroshima, Coventry, Dresden...

Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung sind Teil der imperialistischen Menschenfeindlichkeit



Die Bombenangriffe 1944/45 auf Magdeburg, Dresden usw. - sie stehen nicht isoliert im Raum, sondern sind der letzte Punkt in einer Entwicklung: Einen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung zu führen ist eine Doktrin imperialistischer Menschenfeindlichkeit.

Diese Doktrin befolgten die Bomberpiloten der Legion Condor, die Hitler zur Niederwerfung des spanischen Volkes in Marsch gesetzt hatte. Am 31. März 1937 bombardierten sie das Landstädtchen Durango und töteten 248 Einwohner. Der barbarische Angriff auf Guernica am 26. April 1937 forderte sogar 1654 Todesopfer. Im zweiten Weltkrieg zerbombte die faschistische Luftwaffe Stadt auf Stadt: Rotterdam, Warschau, Belgrad, Manchester, Hull, Coventry und andere britische Städte. Hitler sprach vom "Ausradieren", und die Nazis erfanden das schreckliche Wort "coventrieren".

Zwei Arten der Luftkriegsführung im II. Weltkrieg

Die Bombardierung der Zivilbevölkerung wurde im II. Weltkrieg zu einem hervorstechenden Merkmal imperialistischer Kriegsführung. Als Reaktion auf den Bombenterror der Hitlerfaschisten setzten auch die US-amerikanischen und britischen Militärs in immer stärkerem Maß auf dieses Vorgehen. Zwei traurige Höhepunkte stellten die Zerstörung Magdeburgs und Dresdens 1945 dar. Trotz des gewaltigen Kräfteinsatzes hatte der anglo-amerikanische Bombenkrieg keine kriegsentscheidende Wirkung.

Imperialistische Kriegsführung gegen die Arbeiterklasse

In der Wüste von Utha probten die Amerikaner während des II. Weltkrieges die Bombardierung Berlins.

Detailgetreu ließen sie Mietskasernen nachbauen. Auf dem Armeegelände "Dugway Proving Ground" (halb so groß wie das Saarland) wurde ein Gebäudekomplex errichtet mit dem Namen "German Village".

Die Luftangriffe auf deutsche Städte brachten nicht den erhofften Erfolg. Es gelang nicht, in der Reichshauptstadt einen Feuersturm zu entfachen. Die Militärs beschlossen ein Sofortprogramm, bei dem die Brandeigenschaften von Arbeiterwohnhäusern anhand exakter Abbilder getestet werden sollten. Planung und Bau wurden mit geheimen Forschungen über die Entflammbarkeit japanischer Häuser koordiniert, denn auch die simulierte Vernichtung japanischer Ziele stand in Dugway auf dem Programm. Sechs Versionen der typischen Mietskasernen, die Berlins Arbeitergebiete zu den am dichtesten besiedelten Arme-Leute-Vierteln Europas machten, wurden erbaut.

Die Nachbauten waren zwar nicht so hoch wie ihre siebenstöckigen Vorbilder im Wedding oder in Kreuzberg, ansonsten handelte es sich um verblüffend genaue Duplikate. Für die Inneneinrichtungen der Mietskasernen wurden Hollywood-Dekorateur beauftragt. Unterstützt von Handwerkern, die in Deutschland gelernt hatten, schufen sie jene billige, aber schwere Möblierung, die in den meisten Berliner Arbeiterhaushalten zur Aussteuer gehörte. Sogar deutsche Textilien wurden beschafft, um etwaige typische Eigenschaften von Bettdecken und Vorhängen bei Bränden sorgsam zu studieren. Gefangene des Staatsgefängnisses von Utha wurden in großer Zahl verpflichtet, um German Village und das japanische Pendant fertig zu stellen. Der gesamte Komplex wurde anschließend mit Brandbomben beworfen und zwischen Mai und September 1943 mindestens dreimal vollständig wieder aufgebaut.

Niemals werde die Air Force absichtlich den "kleinen Mann auf der Straße" zum Ziel von Angriffen machen, sie sei der "sauberen" Zerstörung rein militärischer oder militärisch-industrieller Ziele verpflichtet, so logen damals die US-Militärs.

Die Kriegsführung gegen die Arbeiterklasse während des Zweiten Weltkrieges hatte bereits mit der künftigen Nachkriegsentwicklung zu tun. *"Die völlige Verwüstung der Innenstadt einer so großen Metropole wie Berlin würde unsere russischen Verbündeten und die neutralen Staaten von der Schlagkraft der angloamerikanischen Luftstreitkräfte überzeugen"*, verkündete die Air-Force. Der Abwurf zweier Atombomben über Japan diene genauso der Nachkriegsentwicklung wie die systematische Bombardierung der Städte in Ostdeutschland. Die geplante Aufteilung Deutschlands sollte den Osten als künftige Sowjetische Zone die schwersten industriellen Schäden bescheren.

Damals wie heute: die imperialistische Kriegsführung ist gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Denken wir nur an den jüngsten Krieg in Jugoslawien. "Kollateralschäden", hieß es da immer wieder: Wohnhäuser, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Fabriken, Bergwerke, Heizkraftwerke, Busse, Eisenbahnzüge usw. wurden bombardiert. Opfer war die Zivilbevölkerung, waren die ArbeiterInnen.

Im Gegensatz zum amerikanischen und britischen Vorgehen diene die sowjetische Luftkriegsführung fast ausschließlich der direkten Unterstützung der Kampfhandlungen der Landstreitkräfte und richtete sich gegen Objekte von militärischer Bedeutung. Das entsprach dem Grundsatz der Roten Armee: "In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist." (Rundfunkrede Stalins am 3. Juli 1941)

Von den imperialistischen Westmächten wurde demgegenüber kein Unterschied zwischen Hitler und dem deutschen Volk gemacht. Obwohl die Alliierten seit Februar 1945 die absolute Luftherrschaft über Deutschland ausübten, setzten sie ihren Bombenterror fort, der sich zudem auf Gebiete konzentrierte, die im zukünftigen sowjetischen Besatzungsgebiet lagen. Die Absicht, hier ein Chaos und möglichst große Schwierigkeiten für den Neuaufbau zu schaffen, lag auf der Hand. Die imperialistische Militärdoktrin besagt, dass die Zivilbevölkerung des Feindes vernichtet werden muss.

In den folgenden Jahren zeigte der Imperialismus seine barbarische Fratze: Hiroshima - Nagasaki - Korea - Vietnam usw.

"Vor fast 70 Jahren wurde während des zweiten Weltkrieges in Leningrad ein abscheuliches Verbrechen begangen. Länger als tausend Tage hielten eine Gang von Extremisten, die "Rote Armee" genannt wurde, Millionen von Einwohnern der Stadt als Geiseln und provozierte die deutsche Wehrmacht aus den Bevölkerungszentren heraus. Die Deutschen hatten keine andere Möglichkeit als die Bevölkerung zu bombardieren und sie einer totalen Blockade auszusetzen, die den Tod von Hunderttausenden verursachte.

Nicht lange zuvor wurde in England ein ähnliches Verbrechen begangen. Die "Churchillbande" versteckte sich inmitten der Londoner Bevölkerung und missbrauchte Millionen von Bürgern als menschliche Schutzschilde. Die Deutschen waren so gezwungen, ihre Luftwaffe zu schicken und die Stadt widerwillig in Schutt und Asche zu legen."

Dies ist die Beschreibung, die jetzt in den Geschichtsbüchern stünde - wenn die Nazifaschisten den Krieg gewonnen hätten. (nach einer Persiflage des israelischen Friedensaktivisten Uri Avneri anlässlich der zionistischen Massaker in Gaza im Januar dieses Jahres)

Absurd? Nicht absurder als die täglichen Nachrichten unserer Medien, die so oft wiederholt werden, dass einem speiübel wird: die Hamas-Terroristen halten die Bewohner des Gazastreifen als "Geiseln" und benützen die Frauen und Kinder als "menschliche Schutzschilde", sie lassen uns keine Alternative, als massive Bombardements durchzuführen, in denen zu unserm großen Bedauern Tausende von Frauen, Kinder und unbewaffneten Männer verletzt oder gar getötet werden.

Die Lehren ziehend aus den imperialistischen Kriegen, aus der Bombardierung Magdeburgs 1945, fordern wir:

*** Unverzügliche Einstellung der israelischen Militäroffensive**

*** Bedingungslose Aufhebung der Blockade des Gazastreifen**

*** Schluss mit jeder Art von Unterstützung Israels durch die Bundesregierung!**

*** Nieder mit dem Imperialismus und Zionismus! Freiheit für Palästina!**



Zum 200. Geburtstag von

Charles Darwin

dem Begründer der modernen Evolutionslehre

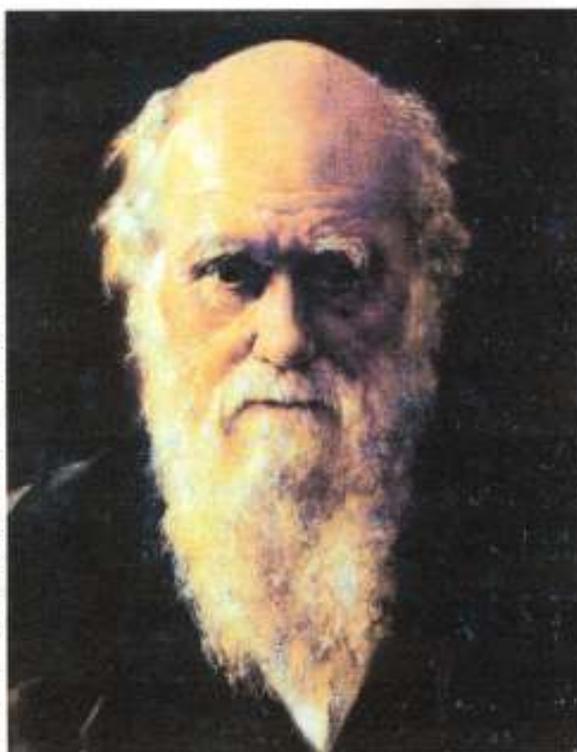
Der Evolutionsgedanke hat eine lange Geschichte. Sie reicht mehr als 2000 Jahre zurück. Es waren vor allem zwei falsche Vorstellungen, die widerlegt werden mußten: Da gab es seit Anfang der Menschheit die Vorstellung, "alles" sei von Göttern bzw. einem Gott geschaffen - je nach Religion. Dieser Auffassung trat schon im alten Griechenland Aristoteles (4. Jh. vor unserer Zeitrechnung) entgegen. Er hatte nicht die technischen Hilfsmittel, die uns heute zur Verfügung stehen, deshalb muten seine Auffassungen, oberflächlich betrachtet, absurd an, z.B. die Aussagen, Würmer entstünden aus Schlamm oder Fliegen

entstünden aus faulendem Fleisch. Goethe, der ja auch Naturwissenschaftler war, war da etwa 2000 Jahre später in seinen Auffassungen noch nicht viel weiter: seiner Meinung nach entstanden Flöhe aus Urin und Sägespänen; immerhin, auch damit widersprach er der "göttlichen Schöpfung" der Flöhe.

Im "finsternen" Mittelalter war noch eine weitere Auffassung verbreitet: alles ist schon immer so gewesen, wie es jetzt ist, und es wird auch immer so bleiben - für Pflanzen und Tiere ging man von der "Konstanz der Arten" aus. Diese Vorstellungen waren ein Tüchschritt gegenüber dem alten Griechenland.

Friedrich Engels schildert den geistigen Zustand der damaligen Zeit so:

"Was diese Epoche aber besonders charakterisiert, ist die Herausarbeitung einer eigentümlichen Gesamtanschauung, deren Mittelpunkt die Ansicht von der absoluten Unveränderlichkeit der Natur bildet. Wie auch immer die Natur selbst zustande gekommen sein mochte: einmal vorhanden, blieb sie, wie sie war, solange sie bestand. Die Planeten und ihre Satelliten, einmal in Bewegung gesetzt von dem geheimnisvollen 'ersten Anstoß', kreisten fort und fort



in ihren vorgeschriebenen Ellipsen in alle Ewigkeit oder doch bis zum Ende aller Dinge. Die Sterne ruhten für immer fest und unbeweglich auf ihren Plätzen, einander darin haltend durch die 'allgemeine Gravitation'. Die Erde war von jeher oder auch von ihrem Schöpfungstage an (je nachdem) unverändert dieselbe geblieben. Die jetzigen 'fünf Weltteile' hatten immer bestanden, immer dieselben Berge, Täler und Flüsse, dasselbe Klima, dieselbe Flora und Fauna gehabt, es sei denn, daß durch Menschenhand Veränderung und Verpflanzung stattgefunden.

Die Arten der Pflanzen und

Tiere waren bei ihrer Entstehung ein für allemal festgestellt, Gleiches zeugte fortwährend Gleiches, und es war schon viel, wenn Linné zugab, daß hier und da durch Kreuzung möglicherweise neue Arten entstehen konnten. Im Gegensatz zur Geschichte der Menschheit, die in der Zeit sich entwickelt, wurde der Naturgeschichte nur eine Entfaltung im Raum zugeschrieben. Die anfangs so revolutionäre Naturwissenschaft stand plötzlich vor einer durch und durch konservativen Natur, in der alles noch heute so war, wie es von Anfang an gewesen, und in der - bis zum Ende der Welt oder in Ewigkeit - alles so bleiben sollte, wie es von Anfang an gewesen... Den griechischen Philosophen war die Welt wesentlich etwas aus dem Chaos Hervorgegangenes, etwas Entwickeltes, etwas Gewordenes. Den Naturforschern der Periode, die wir behandeln, war sie etwas Verknöchertes, etwas Umwandelbares, den meisten etwas mit einem Schlage Gemachtes. Die Wissenschaft stak noch tief in der Theologie." (Engels, Friedrich: Dialektik der Natur, in: MEW Bd 20, p. 314-315, Dietz Verlag Berlin, 1971)

Der erste namhafte Wissenschaftler der Neuzeit, der

dem "Verknöcherten" entgegentrat, war der Franzose Jean Baptiste de Monet de Lamarck. Er widersprach der "Konstanz der Arten" - da aber die exakte Naturwissenschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts sich noch in der Sammlungsphase befand und längst nicht so viel bekannt war wie heute, konnte er als Erklärung für die Veränderung, d.h. die Entwicklung der Natur, nur eine logische, heute aber als sachlich falsch erkannte Theorie entwerfen. Seiner Meinung nach gaben Pflanzen bzw. Tiere die Eigenschaften, die sie im Laufe ihres individuellen Lebens erworben hatten, an ihre Nachkommen weiter. Wir wissen heute, daß das gar nicht gehen kann. Denn an die nächste Generation wird nur das weitergegeben, was als Informationen in der Ei- und der Samenzelle enthalten ist. Veränderungen, die bei anderen Körperzellen stattfinden, werden nicht an die nächste Generation weitergegeben, es sei denn, sie betreffen die "Keimbahn" - das sind die Zellen, aus denen letztlich die Keimzellen hervorgehen. Aber immerhin: Lamarck räumte mit der "Konstanz der Arten" auf.

Es ist das Verdienst von vor allem Charles Darwin, aber auch anderen zeitgenössischen Wissenschaftlern wie Russel Wallace, die falsche Erklärung Lamarcks durch die richtige ersetzt zu haben. Auf ihn geht die moderne Evolutionslehre zurück, die auch heute noch von vielen als "Evolutionstheorie" bezeichnet wird. Es ist ein umfangreiches Forschungsgebiet, für das z.B. im Stoffangebot unserer Gymnasien etwa der Zeitraum von einem halben Schuljahr vorgesehen ist. Wir wollen versuchen, es für unsere Leser etwas kürzer zu machen...

Alle uns bekannten Vorbehalte gegen die Evolutionslehre haben zumindest drei Dinge gemeinsam: 1) sie sind religiös motiviert und kommen daher aus der unwissenschaftlichen Ecke. Die Tatsache, daß Wissenschaftler etwas (noch !) nicht erklären können, ist für sie ein Beweis dafür, daß es einen Gott gibt.

2) sie stellen die Evolutionslehre (den Darwinismus) selbstverständlich falsch dar.

3) sie verunglimpfen Vertreter der Evolutionslehre



Lamarck

als unwissenschaftlich, als Fälscher, als antireligiös usw.

Zu Punkt 1) Die Naturwissenschaften beanspruchen, exakte Wissenschaften zu sein. Das bedeutet, daß ihre Untersuchungsergebnisse überprüfbar sind, ihre Versuche nachvollzogen werden können und die gleichen Ergebnisse bringen müssen. Es leuchtet aber ein, daß es z.B. recht einfach ist, über das Leben von Hunden etwas wissenschaftlich herauszufinden - schließlich leben sie mit uns zusammen. Eine entsprechende Untersuchung dagegen über das Leben der Dinosaurier ist viel schwieriger - diese Tiergruppe gibt es seit mehr als 50 Millionen

Jahren nicht mehr, zu deren Lebzeiten gab es noch keine Menschen, die Aufzeichnungen machen konnten usw. Die Forscher sind hier auf Indizien, auf Spuren aus der Vergangenheit angewiesen, die sie richtig deuten und lesen müssen und können. Die Naturwissenschaftler haben Fakten als Begründung ihrer Aussagen - die religiös orientierten Menschen haben da gar nichts außer unbeweisbaren Behauptungen.

Punkt 3) ziehen wir vor und wollen wir nur kurz abhandeln, jeder Leser kann selbst Beispiele dafür finden, wie mit Charles Darwin, mit Ernst Haeckel und anderen umgegangen wurde und wird.

Zu Punkt 2: Wir wollen nicht so sehr die falsche Darstellung nachweisen, als vielmehr die richtige ausführen. Zur falschen nur soviel: seit mehr als hundert Jahren wird - obwohl eindeutig widerlegt - immer wieder behauptet, Darwin bzw. die Darwinisten machten für jegliche Entwicklung (die nicht mehr bestritten wird) den Zufall verantwortlich. "Der Zufall waltet ohne Schranken" - das soll die Auffassung der Darwinisten sein.

Wir versuchen nun eine kurzgefaßte Darlegung der Grundaussagen von Charles Darwin. Sie lassen sich anhand von zwei Zitaten deutlich machen, die in zahlreiche Sprachen, auch ins Deutsche, als Redewendungen eingegangen sind.

"Struggle for life" ist die eine. Dem Leser ist sie

bekannt als "Kampf ums Dasein". Wenn er Englisch kann, wird er merken, daß die deutsche Formulierung nicht die wörtliche Übersetzung ist, aber auch, daß sie sinngemäß richtig übersetzt ist.

"Survival of the fittest" ist das zweite Zitat, ins Deutsche eingegangen als das "Überleben des Stärkeren". Die "Engländer" unter uns werden merken, daß diese Übersetzung nicht nur nicht wörtlich ist, sondern sogar falsch. Denn richtig übersetzt müßte es heißen "Überleben des Fähigsten, des Besten, des Geeignetsten" oder ähnlich - hier wurde also Darwin eindeutig verfälscht. Mißbraucht wird diese Verfälschung von Rassisten, aber darauf möchten wir in **diesem** Artikel nicht näher eingehen.

Was bedeuten nun diese beiden Zitate für die Evolution? Darwin war bekannt, daß alle Pflanzen, alle Tiere mehr Nachkommen erzeugen, als schließlich in der nächsten Generation übrigbleiben. Wir nehmen als Beispiel mal ein Tierpärchen, das zehn Junge zur Welt bringt. Von diesen zehn Jungen überleben bei unveränderten Umweltbedingungen durchschnittlich zwei - wären es mehr als zwei, so würde die Population steigen; wären es weniger, so würde die Population sinken und die Art eventuell aussterben. Von den zehn Jungen sterben also durchschnittlich acht, an Krankheiten, an Hunger, durch Raubtiere...

Geben wir den zehn Jungieren, um sie unterscheiden zu können, einfach die Nummern 1 bis 10 - dann stellen wir z.B. fest, daß von ihnen die Nummer 3 und die Nummer 5 überlebt haben. Warum gerade die beiden?

So, lieber Leser, nun unterbrich mal bitte das Weiterlesen und versuche selbst eine Antwort! Warum gerade die beiden? Zufall? Diese Erklärung wird den Vertretern der Evolutionslehre doch von religiöser Seite vorgeworfen - Du hast das doch hoffentlich nicht auch als Begründung angegeben?

Charles Darwin jedenfalls hat es nicht getan, er hat den eigentlichen "Motor" der Evolution aufgezeigt. Die zehn Jungen aus dem oben angeführten Beispiel sind nämlich nicht gleich, es sei denn, es sind eineiige Geschwister. Heute wissen wir, daß jedes Individuum (auch bei Tieren!) seinen eigenen "genetischen Fingerabdruck" hat, d.h. sie sind alle verschieden. Die zehn Jungen befinden sich miteinander im "Kampf ums Dasein" um die zwei freien Plätze, die beiden Fähigsten (keineswegs immer die Stärksten!) werden überleben. Darwin nannte das Selektion (Auslese). Man sieht, es hat mit Zufall nichts zu tun. Der Zufall spielt als einer von mehreren Evolutionsfaktoren zwar eine Rolle, aber eine untergeordnete,

und die Selektion erfolgt gesetzmäßig.

Darwins Formulierung vom "Kampf ums Dasein" ist so nicht zutreffend. Man kann ihm in dieser Hinsicht aber keinen Fehler vorwerfen. Auch er lebte in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts noch in der Phase des Faktensammelns, viele wissenschaftliche Fachrichtungen wie Vererbungslehre, Verhaltensforschung, Mikrobiologie, Biochemie u.a. gab es noch gar nicht. Um so höher ist die Leistung von Darwin einzuschätzen, der trotz der - mit dem heutigen Wissensstand verglichen - geringen Anzahl bekannter Fakten die richtigen Zusammenhänge erkannte. Er konnte sie lediglich noch nicht so präzise formulieren, wie wir es heute mit viel mehr Wissen können. So wird der "Kampf ums Dasein" in den heutigen Biologiebüchern zwar aus geschichtlichen Gründen noch erwähnt, doch der zugrundeliegende Sachverhalt wird als "intraspezifische Konkurrenz" bezeichnet, d.h. als Konkurrenz unserer zehn Beispieljungen untereinander - die müssen keineswegs miteinander kämpfen. Das eine überlebt vielleicht deswegen, weil es schneller laufen kann als die anderen, oder weil es länger ohne Nahrung auskommen kann, eine bessere Tarnfärbung hat oder, oder - da gibt es unzählige Möglichkeiten außer der körperlichen Kraft bei Prügeleien.

Aus dem Geschilderten geht, so denken wir, auch hervor, daß sich durch diese Selektion der Besten die Arten allmählich verändert haben und verändern - das ist eine andere Erklärung als die von Lamarck gegebene. Es geht aber auch aus ihr hervor, daß die Evolution, auch die des Menschen, noch nicht abgeschlossen ist, sondern daß sie weitergeht.

Der Mensch ist von seinem angeborenen, im Laufe der Evolution entstandenen Verhalten her ein "Gruppentier". Die Gruppe bietet dem einzelnen Individuum Schutz, das einzelne Individuum wiederum bringt seine Fähigkeiten in die Gruppe ein - so haben beide einen Vorteil. Erinnern wir uns jetzt an die Aussage Darwins, daß der Fähigste überlebt, so gilt das natürlich auch für die Gruppe: eine Gruppe, in der die einen (heute die Kapitalisten) durch die Ausbeutung der anderen (heute die Arbeiter) leben, also auf deren Kosten, ist sicherlich nicht die "fähigste" Gruppe... Hier wird von naturwissenschaftlicher Seite bestätigt, was Karl Marx und Friedrich Engels gesellschaftspolitisch aufgezeigt haben: den Untergang der Klassengesellschaft, des Kapitalismus. Es ist selbstverständlich, daß sich Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaft, wenn sie wissenschaftlich korrekt betrieben werden, nicht widerlegen, sondern gegenseitig bestätigen.

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede Einzel-DC kostets 5 €, jede Doppel-DC 8 €, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

- * **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**
Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:
- * **Waltraud Aust:** Der 17.Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin
- * **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Sozialistische Albanische Hefte 1/2004, 2/2006, 3/2009
- * **Ernst Aust:** Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)
- * **Aktuell:** Zionismus - Todfeind der Völker
- * **Aktuell:** Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution
- * **Kampf für die Befreiung der Frau**

Bestellungen bitte an:

H. Polifka, Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg

Bankverbindung: Commerzbank Marl, K-Nr.:

613145200 BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin
(als Broschüre 3 €)

...

nur noch in wenigen Exemplaren:

Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten)
Preis: 18 €



* **Neu:** 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: 4 €
incl. Porto

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neosozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Er schwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum erstenmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)